

Landesinfo Baden-Württemberg

Zweitstimme für DIE LINKE: Unsere Sechs für den Bundestag



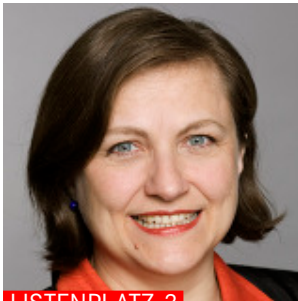
LISTENPLATZ 1

Ulrich Maurer
„Praxisgebühren und Hartz-IV abwählen. DIE LINKE wirkt!“



LISTENPLATZ 2

Heike Hänsel
„Soziale Gerechtigkeit weltweit! Gegen Krieg als Mittel der Politik.“



LISTENPLATZ 3

Karin Binder
„Keine Gentechnik auf den Feldern. Gerechte Löhne für Männer und Frauen.“



LISTENPLATZ 4

Michael Schlecht
„Millionärssteuer jetzt! Die Reichen an den Krisenkosten beteiligen!“



LISTENPLATZ 5

Annette Groth
„Atomausstieg jetzt! Beste Bildung für alle - gebührenfrei!“



LISTENPLATZ 6

Richard Pitterle
„Mehr Mitbestimmung auf allen Ebenen. Demokratie schützen und ausbauen.“

Bundestagswahl am 27. September
Was die LINKE will S. 2

Kommunalwahl 2009
Bilanz und Ausblick Seite 5

Betrieb und Gewerkschaften
GewerkschafterInnen wählen links! S. 11



Die LINKE in Städten und Kreisen
Mannheim bis Heidenheim Seite 8

[‘solid]
Linksjugend aktiv! Seite 15

FRAUEN und LINKE
Wir können auch anders – es ist an der Zeit S. 20

Inhalt

■■■ Direktkandidatinnen und -kandidaten in allen Wahlkreisen	4
■■■ Nach der Wahl ist vor der Wahl ...	5
■■■ Die Neugewählten aktiv in Stuttgart, Mannheim, Pforzheim, Rhein- Neckar, Heidenheim	8
■■■ Betriebs- und Personalrätekon- ferenz der Fraktion Die LINKE	11
■■■ Bildungsstreiks	15
■■■ Die Linke und das Grundgesetz	17
■■■ Die LINKE: Antikriegspartei!	13
■■■ Frauenkongress in Esslingen	19
■■■ Aufruf zur Einmischung	20
■■■ Veranstaltungen, Termine	24

Das nächste Landesinfo erscheint im Oktober.

Redaktionsschluss für das Landesinfo 3/2008 ist der 12. Oktober 2008

Beilagenhinweis: Flyer der Partei Die LINKE; „Klar“, Zeitung der Bundestagsfraktion Die Linke, bzw. für die Stuttgarter Auflage „Die Linke Stuttgart“

Bezug: Das Landesinfo ist das Informationsorgan der Partei DIE LINKE. Baden-Württemberg. Es erscheint fünfmal im Jahr. Der Bezug des Landesinfo ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber und Verlag: DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel. 0711-241045, Fax 0711-241046, e-mail: info@die-linke-bw.de

Redaktion: Ute Gsöls-Puhl, Barbara Hoffmann, Alfred Küstler, Dirk Spöri, Bernhard Strasdeit (verantwortl.), Lars Stern und Matthias Paykowski. Für Antragsmaterialien, Mitteilungen, Protokolle und Adressen ist der Landesvorstand verantwortlich. Inhaltliche Beiträge, LeserInnenbriefe, Stellungnahmen usw. sind herzlich willkommen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

Herstellung und Druck: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, e-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Kurzhinweise für WahlkämpferInnen und Wahlkämpfer

Was DIE LINKE will

Wer für die Partei in den Wahlkampf zieht, muss zu jeder Tages- und Nachtzeit sagen können, was DIE LINKE will. Ein paar Tipps hier im Landesinfo und auf der Website der Bundespartei sollen helfen, sich Kernpunkte aus unserem umfangreichen Wahlprogramm einzuprägen.

Unsere gemeinsame Arbeitsgrundlage ist das auf dem Bundestagtag beschlossene Bundestagswahlprogramm. Deshalb sollten wir uns in der gesamten Partei, in jedem Kreisverband oder Ortsgruppe und in jedem Zusammenschluss, mit dem Bundestagswahlprogramm beschäftigen.

DIE LINKE stellt im Bundestagswahlkampf die sozialen Interessen der Menschen in den Mittelpunkt. Wir wollen ein sozial gerechtes und ökologisch zukunftsfähiges Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell. Wir kämpfen für mehr Mitspracherechte und Demokratie in der Gesellschaft und wollen die Grundrechte schützen. Wir sind die einzige Partei, die Militäreinsätze im Ausland ablehnt und den Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan fordert.

Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land!

DIE LINKE vertritt die Interessen von Beschäftigten, Auszubildenden, Erwerbslosen, Studierenden, Rentnerinnen und Rentnern. Die anderen Parteien haben unter SPD/Grün und der großen Koalition die Reichen begünstigt und den Spekulanten Tür und Tor geöffnet. Mitten in der Krise überweisen sie Steuermilliarden ohne Gegenleistung an die Großbanken. Nach der Wahl werden sie den Menschen die Rechnung präsentieren.

Der Staat muss in der Krise handeln. Aber in wessen Interesse? Als einzige Partei sagt DIE LINKE: Hilfgelder für Banken und Unternehmen dürfen keine Geschenke an Aktionäre sein. Wenn Geld fließt, müssen im Gegenzug Anteile der öffentlichen Hand und der Belegschaften entstehen.

Die Krisenlasten müssen gerecht finanziert werden: mit Steuern für Millionäre, auf hohe Vermögen, große Erbschaften und auf Börsenumsätze. DIE LINKE will die Millionärsteuer! Die Vermögensteuer soll endlich wieder eingeführt werden mit einem Freibetrag von einer Million Euro. Mit fünf Prozent soll das Privatvermögen der Millionäre besteuert werden. Dies bringt alleine 80 Milliarden Euro ein. Mit den weiteren, die Reichen belastenden Steuererhöhungen werden rund 160 Milliarden

Euro eingenommen. – DIE LINKE will Hartz IV abschaffen. Höhere Regelsätze sofort und dann endlich eine gerechte Grundsicherung. Wir wollen keine Hungerlöhne, sondern einen gesetzlichen Mindestlohn, der in den kommenden vier Jahren auf zehn Euro steigen soll. Wir sind gegen die Rente erst ab 67 und für eine verlässliche Alterssicherung. Wir wollen keine Zwei-Klassen-Medizin. Deutschland braucht eine Bürgerinnen und Bürgerversicherung, in die alle einzahlen, auch Selbstständige, Manager, Beamte, Politikerinnen und Politiker.

Die Regierungen Schröder und Merkel haben den privaten Reichtum gefördert und die öffentliche Infrastruktur verkommen lassen. Diese Fehlentwicklung wollen wir korrigieren. In der Kinderbetreuung und in der Bildung, bei der Pflege und bei sozialen Dienstleistungen gibt es großen Bedarf. Verkehrssysteme und Energiewirtschaft müssen ökologisch umgebaut werden. Öffentliche Investitionen sind das wirksamste Mittel gegen die Krise, und sie sichern gleichzeitig unsere Zukunft. Mit 100 Milliarden Euro jährlich an zusätzlichen Investitionen und Ausgaben können bis zu zwei Millionen neue Arbeitsplätze entstehen.

Am 27. September haben Sie die Wahl:

– Milliarden für Banken und Finanzhaie. Oder für Arbeitsplätze und Einkommen.

– Noch mehr Bereicherung oben und Armut unten. Oder mehr soziale Gerechtigkeit.

– Beschäftigte, Arbeitslose und Rentner belasten. Oder Millionäre zur Kasse bitten.

– Schulen verkommen lassen. Oder gute und gebührenfreie Bildung für alle.

– Preistreiberei durch Energiekonzerne und Umweltbelastung. Oder sozial-ökologischer Umbau.

– In Afghanistan Krieg führen. Oder zurück zu einer friedlichen Außenpolitik.

Soziale Gerechtigkeit und eine zukunftsfähige Gesellschaft sind finanzierbar. Man muss nur den Mut haben, für die Mehrheit der Menschen Politik zu machen. Jede Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme gegen Krieg und Ungerechtigkeit, für eine lebenswerte Zukunft.

Wenn ich „König von Deutschland“ wär ...

„Was will DIE LINKE“? Sagen Sie uns in zwei Minuten Ihre Sofortmaßnahmen nach der Wahl, das ist eine gern gestellte

Journalistenfrage, also was würdest Du machen, wenn Du „König von Deutschland“ wärst. Jeder von uns beantwortet diese Frage etwas anders, eine Möglichkeit ist:

- Wir würden einen gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohn von 10 Euro einführen.
- Wir würden die Bundeswehr aus Afghanistan abziehen und die deutsche Außenpolitik strikt auf zivile Konfliktlösung und Kooperation statt auf Konfrontation ausrichten.
- Wir würden die Rentenkürzung durch die Anhebung der Altersgrenze auf 67 Jahre wieder abschaffen, flexible Altersgrenzen ohne Rentenkürzung einführen und Altersarmut langjährig Versicherter durch eine entsprechende gesetzliche Rente verhindern.
- Wir würden Hartz IV abschaffen, mindestens aber die Regelsätze in der kommenden Legislaturperiode auf 500 Euro erhöhen, eine bedarfsdeckende sanktionsfreie Mindestsicherung einführen, den Bezug von Arbeitslosengeld entsprechend den Beitragszeiten verlängern und Ein-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige Arbeit umwandeln.
- Wir würden eine Millionärssteuer und eine Börsenumsatzsteuer erheben, bei der Einkommensteuer die unteren und mittleren Einkommen entlasten und den Spitzensteuersatz

wieder auf 53 Prozent anheben.

- Wir würden ein öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm über 100 Milliarden Euro jährlich auflegen für Bildung, Klimaschutz, Verkehr, Gesundheit und die notwendige Energiewende.
- Wir würden eine Gesundheitsreform anpacken, die gegen den Weg in die Zweiklassenmedizin und die Dominanz Kapitalinteressen gerichtet ist. Für eine solidarische BürgerInnenversicherung, bei der alle Einkommensarten für die Krankenversicherung herangezogen werden.

Da eine Regierungsbeteiligung für uns auf Bundesebene nicht auf der Tagesordnung steht, wäre hinzuzufügen, dass wir mit diesen Punkten die künftige Bundesregierung wieder und wieder konfrontieren werden. Auch so, das lehrt die abgelaufene Legislaturperiode, ist Politik positiv zu beeinflussen und zu verändern.

Wo findet man was?

Unter <http://die-linke.de/wahlen/positionen/> findet Ihr das Bundestagswahlprogramm und eine Rubrik Kurzpositionen zu allen wichtigen Themen von „A bis Z“. Außerdem gibt es auf dieser Seite Antworten zu Wahlprüfsteinen und „Argumente des Tages“. Für Informationen über die Politik der LINKEN kann man den Newsletter abonnieren: <http://newsletter.die-linke.de>. Michael

Schlecht bietet einen Newsletter, siehe www.michael.schlecht.net, bestellen unter: newsletter@michael-schlecht.net

Spendenauf Ruf !!

Wahlkampf kostet viel Geld. DIE LINKE erhält nicht wie andere Parteien die satten Großspenden aus Finanzwelt und Industrie.

DIE LINKE bittet um Wahlkampf-Unterstützung durch Spenden an den Parteivorstand der Partei DIE LINKE, Konto-Nr. 5000 6000 00, BLZ 100 900 00, Berliner Volksbank eG oder durch Registrierung als Wahlkämpfer/in. Beides auch auf www.die-linke.de.

Spenden sind auch an den Landesverband möglich:

DIE LINKE BaWü, Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70; Konto 289582700. Wer direkt an unsere Kreisverbände spenden will, kann dies ebenfalls über das Landeskonto machen, bitte bei der Zweckangabe den Kreisverband vermerken. SpenderInnen, bitte Name und Adresse angeben, damit der Landesverband bei Jahresabschluss eine Spendenquittung ausstellen kann. Alle Mitglieder, die ihren Jahresbeitrag 2009 noch nicht entrichtet haben, bittet der Landesvorstand, dies dringend nachzuholen.

Interview der Internet-Redaktion www.die-linke.de mit Ulrich Maurer, Spitzenkandidat der LINKEN in Baden-Württemberg

DIE LINKE als Opposition ist wichtig für die Demokratie

„Wir werden nicht den gleichen Fehler wie die Grünen machen und unsere Ideale am Verhandlungstisch um Pöstchen aufgeben. Unsere zentralen Forderungen zur Abschaffung der Rente mit 67, zur Beendigung der Kriegseinsätze der Bundeswehr in Afghanistan oder unsere Forderung nach einem bundesweiten Mindestlohn wurden von SPD und Grünen abgelehnt“, stellt Ulrich Maurer klar. Erst wenn sich SPD und Grüne in den nächsten vier Jahren ihren alten Werten wieder annähern, könne DIE LINKE darüber nachdenken, ihre Ziele mit beiden umzusetzen. Und gerade weil die SPD schwach ist, kann nur eine starke LINKE noch eine Regierung aus CDU/CSU und FDP verhindern.

Dem bisherigen Haushaltsentwurf zufolge plant die Bundesregierung im nächsten Jahr mit neuen Schulden in Höhe von mindestens 86 Milliarden Euro. Was bedeutet es, wenn CDU/CSU und FDP trotzdem Steuersenkungen versprechen?

Ulrich Maurer: Da hilft es sehr, wenn man das Kleingedruckte im Wahl-

programm liest. Während die CDU/CSU gar nicht erst sagt, wann sie diese Steuersenkungen umsetzen will, geht es der FDP nur um Steuergeschenke für ihre Wählerklientel. Dadurch wird wieder überdeutlich, welches Geistes Kind die drei Parteien sind: Sie wollen auf Teufel komm raus den Großkonzernen und Banken das Geld hinterherwerfen, ehe es nichts mehr zu verteilen gibt.

Was ist nach dem 27. September zu befürchten, sollten CDU/CSU und FDP eine Mehrheit erhalten?

Dass will ich für die Bundesrepublik und ihre Bürgerinnen und Bürger nicht hoffen. Hier gilt ganz klar: Eine Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme gegen eine neoliberale Politik, die in der jetzigen Krise erschütternde Folgen hätte. Nur wer uns wählt, kann eine Regierung aus CDU/CSU und FDP noch verhindern.

Die SPD spricht sich gegen Steuersenkungen aus, will den Spitzensteuersatz leicht anheben und eine Börsenumsatzsteuer einführen. Hat die SPD aus der Finanz- und Wirtschaftskrise gelernt?



Sie hat leider so gut wie nichts begriffen. Der Handel mit Derivaten, die Deregulierung der Finanzmärkte, die Zulassung der Hedgefonds, das war das Werk der Regierung von Schröder und Fischer. Nichts davon ist bis heute korrigiert. Steuersenkungen für Großunternehmen bei gleichzeitiger Einführung von Niedriglöhnen und Hartz IV plus zunehmender Privatisierung aller Lebensrisiken waren und sind eine entscheidende Ursache der Krise. Wenn sie auch nur ansatzweise etwas begriffen hätten, dann hätten sie diese Politik

geändert, so wie wir es im Bundestag gefordert haben. Dort stimmten sie aber gegen unsere Gesetzesentwürfe.

Finanzminister Steinbrück hat angekündigt, mit der SPD werde es nach der Wahl weder höhere noch niedrigere Steuern geben. Hat der stellvertretende Vorsitzende der SPD das eigene Wahlprogramm nicht gelesen?

Franz Müntefering hat einst in einer Pressekonferenz gesagt: „Es ist unfair, Politiker an ihren Wahlversprechen zu messen.“ Sowohl Steinmeier als auch Müntefering zeigen mit ihren Aussagen in entlarvender Weise, wie ernst es die

SPD mit ihren Wahlversprechen und Wählerinnen und Wählern nimmt. Regierungsbeteiligung um jeden Preis ist das Ziel der derzeitigen SPD-Führung.

DIE LINKE will beides: Steuern senken und Steuern erhöhen. Wie geht das zusammen?

Man muss unterscheiden. Wir sind entschieden dagegen, dass Unsummen in Banken verbrannt und an Finanzinvestoren verschenkt werden, während die Wirtschaft den Bach runter geht und der Bürgerinnen und Bürger auf den Schulden sitzen bleibt. Wir fordern endlich eine Umverteilung von oben nach unten!

Was heißt das konkret?

Wir wollen die Steuern bei den Reichen erhöhen und die Geringverdienenden, Hartz-IV-Beziehende sowie Rentnerinnen und Rentner entlasten. Ebenso ist es die Pflicht des Staates, auch ohne Studiengebühren den zukünftigen Generationen eine Ausbildung zu Gute kommen zu lassen.

In den Medien heißt es oft, diese Forderungen seien unrealistisch?

Wir verlangen nichts Utopisches: Börsenumsatzsteuer, Millionärssteuer und einen Spitzensteuersatz von 53 Prozent gibt es schon in anderen europäischen Ländern. Es geht uns um ein gerechteres Steuersystem, von dem auch die Steuerzahlerinnen und -zahler profitieren.

Mit wem will DIE LINKE ihre Forderungen nach der Bundestagswahl umsetzen?

Nach den vergangenen vier Jahren im Bundestag sehe ich noch keine Partei, mit der wir unsere Ziele durchsetzen können. Wir werden nicht den gleichen Fehler wie die Grünen machen und unsere Ideale am Verhandlungstisch um Pöstchen aufgeben. Unsere zentralen Forderungen zur Abschaffung der Rente mit 67, zur Beendigung der Kriegseinsätze der Bundeswehr in Afghanistan oder unsere Forderung nach einem bundesweiten Mindestlohn wurden von SPD und Grünen abgelehnt. Erst wenn sie sich in den nächsten vier Jahren ihren alten Werten wieder annähern, kann man darüber nachdenken.

Das heißt, DIE LINKE verzichtet auf jeden Einfluss?

Nein. Ich möchte klar herausstellen, wie wichtig es in der Demokratie ist, dass es eine Oppositionspartei wie uns gibt: Ohne DIE LINKE wären Rente, Afghanistan und Mindestlohn nie ein Thema in der Öffentlichkeit geworden. Der Bundestag hätte mit einmütigen Mehrheiten alles gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger entschieden. Durch DIE LINKE und den außerparlamentarischen Druck stehen diese Themen zum Leidwesen der anderen im Bundestag vertretenen Parteien immer noch ganz oben in der Presse. Und noch

einmal: Gerade weil die SPD schwach ist, kann nur eine starke LINKE noch eine Regierung aus CDU/CSU und FDP verhindern.

Auf die Zweitstimme kommt es an!

Die Zweitstimme auf dem Wahlzettel (für die Landesliste) entscheidet darüber, mit vielen Mandaten DIE LINKE in Baden-Württemberg in den neuen Bundestag einzieht. Bislang hatten wir aus dem Land drei Abgeordnete in Berlin: Ulrich Maurer, Heike Hänsel und Karin Binder. Jedes zusätzliche Mandat wäre ein Erfolg. Unser hochgestecktes Ziel, ist es, sechs Mandate in Baden-Württemberg zu erreichen. Es ist realistischer Betrachtung nach nicht zu erwarten, dass DIE LINKE in Baden-Württemberg ein Direktmandat erzielt, aber unsere DirektkandidatInnen in den 38 Bundestagswahlkreisen sind dennoch sehr wichtig. Sie geben linker Politik und unserem neuen Parteiprojekt ein Gesicht und eine Stimme im Wahlkampf. Sie werben auf Podien und in den Medien für die Wahl der LINKEN. Das ist keine leichte Aufgabe. Wir bitten deshalb alle Mitglieder vor Ort: unterstützt Eure Kandidatinnen und Kandidaten vor Ort im Wahlkampf.



Franziska Stier, 24, Partei Die Linke in Konstanz, studiert Soziologie und Wirtschaftswissenschaften und kämpft auf nicht ganz verlorenem Posten.

„Es ist wahrscheinlicher, von einem Cockerspaniel am Südpol zerfleischt zu werden, als dass es mit einem Bundestagsmandat klappt. Aber das macht nichts. Mir geht es darum, die erhöhte politische Aufmerksamkeit des Wahlkampfs zu nutzen, um Menschen zu motivieren, für ihre eigenen Interessen zu streiten. Solidarisch mit sozialen Bewegungen auf die Straße zu gehen ist ein Akt, der von mehr Demokratie zeugt, als alle vier Jahre ein Kreuz zu setzen. Es muss vielen Menschen erst wieder bewusst werden, dass Hartz IV, dubiose Ein-Euro-Jobs und Bildungsgebühren keine Selbstverständlichkeit sein müssen und so auch nicht hingenommen werden dürfen. Ein Umdenkprozess muss in vielen Bereichen stattfinden. Studierende sollten zum Beispiel bezahlt werden, anstatt Gebühren zu zahlen.“

Uni-Spiegel, Konstanz

Landesliste der LINKEN in Baden-Württemberg zur Bundestagswahl am 27. September

(gewählt auf der LandesvertreterInnenversammlung am 31. Januar 2009 in Stuttgart)

1. Ulrich Maurer, Rechtsanwalt, MdB, 60 Jahre, Stuttgart
2. Heike Hänsel, Ernährungswissenschaftlerin, MdB, 43 Jahre, Tübingen
3. Karin Binder, Gewerkschaftssekretärin, MdB, 52 Jahre, Karlsruhe
4. Michael Schlecht, Gewerkschaftssekretär, 58 Jahre, Stuttgart
5. Annette Groth, Soziologin, 55 Jahre, Stuttgart
6. Richard Pitterle, Rechtsanwalt, 50 Jahre, Böblingen
7. Marta Aparicio, Politikwissenschaftlerin, 57 Jahre, Stuttgart
8. Herbert Wilzek, Personalratsvorsitzender, 55 Jahre, Bad Schussenried
9. Uta Spöri, Chemisch-Technische Assistentin, 54 Jahre, Freiburg
10. Reinhard Neudorfer, Diplomverwaltungswirt, 63 Jahre, Waiblingen
11. Franziska Stier, Studentin, 24 Jahre, Konstanz
12. Stephan Lorent, Wirtschaftsinformatiker, 47 Jahre, Tübingen
13. Sabine Rösch-Dammenmüller, Jugend- und Heimerzieherin, 47 Jahre, Lauterstein
14. Andreas Kirchgessner, Drucker, 50 Jahre, Rheinau
15. Jutta Graf-Baier, Sekretärin, 61 Jahre, Mannheim
16. Detlef Schöning, Werkenschutzfachkraft, 54 Jahre, Friedrichshafen
17. Doris Heer, Groß- und Außenhandelskauffrau, 59 Jahre, Ostfildern
18. Jochen Findeisen, Jurist, 61 Jahre, Schlaitdorf
19. Katharina Birk, Verwaltungsfachangestellte, 52 Jahre, Rottweil
20. Hans-Jürgen Kemmerle, Heilpädagoge, 55 Jahre, Ludwigsburg



Marta Aparicio und Ulrich Maurer kandidieren in Stuttgart.

Foto: Roland Hägele

Nach der Wahl ist vor der Wahl ...

Rundbrief des Landesvorstandes vom 7. Juli an die Kreisverbände und Mitglieder

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, die Europa- und Kommunalwahlen sind kaum vorbei, schon befinden wir uns mitten in den Vorbereitungen zu den Bundestagswahlen am 27. September. Zuerst jedoch ein kurzer Rückblick und eine Bewertung des Landesvorstandes zu den Wahlergebnissen, bevor wir uns der Zukunft zuwenden.

Das Europawahlergebnis kann uns nicht zufriedenstellen. Zwar haben wir gegenüber der letzten Wahl zugelegt, damals gab es aber DIE LINKE noch nicht. Gemessen am letzten Landtagswahlergebnis der WASG (3,2 %) und gemessen am Bundestagswahlergebnis (3,6 %) haben wir sogar etwas verloren. Wenn wir mehr als 3 Sitze für den Bundestag erringen wollen, müssen wir bei den Bundestagswahlen deutlich zulegen. Ebenso, wenn wir 2011 in den baden-württembergischen Landtag einziehen wollen.

Es gibt kaum einen Zweifel, dass wir unsere Wählerschichten nicht zur Wahl mobilisieren konnten. Offensichtlich verbinden die Wähler von FDP und Grünen mehr mit Europa als die der Linken. Auch das bundesweite Abschneiden war im Verhältnis zum Ergebnis der letzten Bundestagswahl schlechter. Die Erosion der großen Volksparteien schreitet weiter fort. Die CDU hat erheblich verloren, und die SPD hat auf sehr niedrigem Niveau nochmals leicht an Stimmen eingebüßt. Wir werden uns verstärkt fragen müssen, warum wir die Wähler, die sich von der SPD abwenden, mehrheitlich nicht gewinnen. Befassen müssen wir uns auch mit dem viel zu geringen Anteil an Jung- und Erstwähler/innen.

DIE LINKE profitiert nicht von der Wirtschaftskrise, obwohl sie diese vorausgesehen und die sie mit verursachende Politik zutreffend kritisiert hat. DIE LINKE wird in den nächsten zwei Monaten die Menschen davon überzeugen, dass wir nicht nur die Krise vorausgesagt haben, sondern unsere Lösungen und Antworten im Interesse der Beschäftigten, Erwerbslosen, Rentner/innen und ihren Familien sind. Die Verharmlosung der Krise und die permanent wiederholte Floskel, dass demnächst die Talsohle erreicht sei und es wieder aufwärts gehe, sind außerhalb jeder Realität. Im Gegenteil, die immer wieder neu belebte Debatte um die Mehrwertsteuererhöhung

Direktkandidatinnen- und Kandidaten der LINKEN in den 38 Bundestagswahlkreisen in Baden-Württemberg

Stuttgart I (258): Marta Aparicio, martaaparicio@gmx.de
Stuttgart II (259): Ulrich Maurer, ulrich.maurer@bundestag.de
Böblingen (260): Richard Pitterle, richard.pitterle@linke-bb.de
Esslingen (261): Rainer Hauenschild, rainer-hauenschild@t-online.de
Nürtingen (262): Jochen Findeisen, attacnt@yahoo.de
Göppingen (263): Sabine Rösch-Dammenmiller, roeda@gmx.de
Waiblingen (264): Reinhard Neudorfer, ckramerneudorfer@onlinehome.de
Ludwigsburg (265): Hans-Jürgen Kemmerle, kemmerle_ludwigsburg@yahoo.de
Neckar-Zaber (266): Walter Kubach, walter.kubach@t-online.de
Heilbronn (267): Hasso Ehinger, ehinger.hasso@web.de
Schwäbisch Hall – Hohenlohe (268): Silvia Ofori, Silvia.Ofori@t-online.de
Backnang – Schwäbisch Gmünd (269): Manfred Steidle, manfred.steidle@mahle.com
Aalen – Heidenheim (270): Veronika Stossun, stossun@online.de
Karlsruhe-Stadt (271): Karin Binder, karin.binder@wk.bundestag.de
Karlsruhe-Land (272): Thurid Feldmann, thuridf@web.de
Rastatt (273): Norbert Masson, badnerbu@aol.com
Heidelberg (274): Carsten Labudda, carsten.labudda@linkspartei-weinheim.de
Mannheim (275): Michael Schlecht, michael.schlecht@die-linke.de
Odenwald – Tauber (276): Rolf Grüning, rechtsanwalt-Gruening@t-online.de
Rhein-Neckar (277): Edgar Wunder, wunder@naa.net
Bruhsal – Schwetzingen (278): Heinrich Stürtz, h.l.stuertz@gmx.net
Pforzheim (279): Annette Groth, anngroth@gmx.de
Calw (280): Franz Groll, franz.groll@gmx.de
Freiburg (281): Uta Spöri, uta55@web.de
Lörrach – Müllheim (282): Adelbert Ringwald, info@ringwald-elzach.de
Emmendingen – Lahr (283): Lukas Maria Oßwald, lukas.forstarbeiten@gmx.de
Offenburg (284): Andreas Kirchgessner, solylibertad@web.de
Rottweil – Tuttlingen (285): Hans-Ulrich Bünger, hubuenger@gmx.net
Schwarzwald-Baar (286): Tobias Stützer, ka6610-290@online.de
Konstanz (287): Franziska Stier, staffbabe@freenet.de
Waldshut (288): Lothar Prof. Dr. Schuchmann, lothar_schuchmann@gmx.de
Reutlingen (289): Stefan Straub, stefan.straub-reutlingen@arcor.de
Tübingen (290): Heike Hänsel, heike.haensel@wk.bundestag.de
Ulm (291): Walter Schmid, r.u.w.schmid@web.de
Biberach (292): Herbert Wilzek, herbert.wilzek@gmx.de
Bodensee (293): Detlef Schönig, detlef.schoenig@dielinke-bodensee.de
Ravensburg (294): Mirco Kolarczik, info@linkspartei-ravensburg.de
Zollernalb – Sigmaringen (295): Antje Claaßen, antjecl@web.de

zeigt, dass sowohl die große Koalition als auch eine schwarz/gelbe Bundesregierung den Menschen die Zeche für die Krisenlasten auf den Tisch legen wird. Ebenfalls können wir davon ausgehen, dass sie erneut Axt an die Säulen unserer Sozialsysteme legen werden.

Wir werden verdeutlichen müssen, dass DIE LINKE die einzige Partei ist, die die Reichen, Vermögenden und Kapitalbesitzer belasten und damit verhindern will, dass die kleinen Leute die Zeche bezahlen. Ebenso stehen wir für einen Schutzschirm für die Menschen und nicht für die Banken. Wir wollen nicht nur neue Arbeitsplätze im Bereich der Bildung, des Sozialen und der Ökologie schaffen, sondern mit einem gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro das weitere Absinken der Löhne verhindern. Hartz IV muss weg und wir wollen einen Eckregelsatz von mindestens 500 Euro. Die Banken sollen vergesellschaftet und das Finanzsystem reguliert werden. Während es nur weniger Tage bedurfte, um dem maroden Finanzsystem mit einem 500-Milliarden-Programm aus der Patsche zu helfen, ist bis heute noch keine einzige Ankündigung zur Regulierung umgesetzt worden. Wir haben ein Bundeswahlprogramm mit dem wir deutlich machen können, welche Alternativen die Linke zu bieten hat. Wir sind davon überzeugt, dass wir gute Chancen haben, unser Wahlergebnis deutlich zu übertreffen, wenn es uns gelingt unsere potenziellen Wähler zur Wahl zu mobilisieren.

66 Mandate bei Kommunalwahlen und Regionalwahl gewonnen

Um einiges differenzierter und auch positiver sind die Ergebnisse bei den Kommunalwahlen zu bewerten. Trotz guter Vorbereitung ist es uns nicht gelungen, flächendeckend anzutreten. Wir sind eben noch eine junge Partei im Aufbau. Insbesondere in den Großstädten, aber auch in einigen Mittelstädten konnten wir Ergebnisse zwischen 4 und knapp 8 % erzielen. In der Landeshauptstadt Stuttgart wurde das dritte Mandat nur ganz knapp verfehlt. Mit der SÖS kann dort jetzt eine Fraktionsgemeinschaft gebildet werden. Wir sind in 26 Stadtparlamenten und 17 Kreistagen und dem Regionalparlament in Stuttgart vertreten und damit in allen Großstädten und Ballungszentren präsent. Zwar hat sich unsere Erwartung nicht erfüllt, dass DIE LINKE mehr oder weniger zwangsläufig 4 % oder gar mehr erzielt, aber wir haben jetzt eine kommunalpolitische Basis, auf der sich aufbauen lässt. Insbesondere in den Landkreisen bewegten sich unsere Ergebnisse meistens zwischen zwei und drei Prozent und nur selten über drei Prozent. In den Städten, in denen DIE LINKE in Bündnissen vertreten war oder auf eine linke kommunalpolitische Tradition zurückblicken konnte,

Wahlergebnisse 7. Juni die LINKE Baden-Württemberg

Wahl	2009 Prozent	2004 Prozent	2009 Mandate	2004 Mandate	EP-Wahl 2009	BT-Wahl 2005 Zstw
Europaparlament Baden-Württemberg gesamt	3,0	1,1	0	1	3,0	3,8
Parlament Region Stuttgart	4,9	1,7	3	0		
Gemeinderäte (kandidiert in 35 von 1101 Gemeinden)						
Aalen	4,2	-	2	-	3,7	4,0
Albstadt	1,2	-	-	-	2,9	3,5
Balingen	0,7	-	-	-	2,4	3,5
Esslingen	2,7	-	1	-	3,2	3,5
Freiburg * Linke Liste -solid. Stadt	7,8	6,3	4	3	5,7	5,5
Geislingen Steige ** Junges Geislingen/Die Linke	7,2	-	1	-	5,0	6,0
Giengen a.d. Brenz	2,1	-	-	-	4,1	4,6
Göppingen	2,7	-	1	-	3,7	4,5
Heidelberg ** Bunte Linke/Die Linke	5,6	-	2	1	4,5	4,8
Heidenheim a.d. Brenz	5,7	-	2	-	5,0	5,1
Heilbronn	2,9	-	1	-	3,3	4,3
Karlsruhe	4,2	2,6	2	1	4,0	5,0
Kehl	4,0	-	1	-	4,2	5,3
Konstanz * Linke Liste.Konstanz	4,6	3,5	2	1	3,8	4,1
Kornwestheim	4,8	-	1	-	3,9	4,4
Lahr	3,7	-	1	-	4,2	4,6
Leimen	4,8	-	1	-	4,2	4,6
Ludwigsburg	3,7	-	1	-	4,0	4,0
Mannheim (2004 als Linke Liste Mannheim)	4,9	2,1	2	1	5,1	6,6
Neulußheim	2,9	-	-	-	3,8	4,8
Nußloch	3,3	-	-	-	3,3	3,9
Ostfildern	3,0	-	-	-	3,2	3,1
Pforzheim	2,7	-	1	-	3,8	4,7
Plochingen	3,2	-	-	-	3,8	3,6
Reutlingen * Linke Liste	4,5	-	1	-	4,0	4,3
Rottenburg	3,1	-	1	-	4,0	3,7
Schriesheim	2,0	-	-	-	2,8	3,2
Schwäbisch Gmünd	3,8	-	2	-	3,0	3,5
Schwetzingen	2,4	-	-	-	3,3	3,5
Sindelfingen	2,9	-	1	-	3,6	3,6
Singen * Linke Liste.Singen	2,3	-	1	-	3,3	4,3
Stuttgart	4,5	1,9	2	1	4,5	4,4
Tauberbischofsheim	2,8	-	-	-	2,8	3,5
Tübingen ** Tül./Die Linke	7,9	8,6	3	4	6,5	5,5
Ulm	3,2	-	1	-	3,6	4,1
Weinheim	3,4	-	1	-	3,5	4,0
Zwischensumme Gemeinderäte			39	12		

Kreistage (kandidiert in 21 von 35 Landkreisen)

Wahl	2009 Prozent	2004 Prozent	2009 Mandate	2004 Mandate	EP-Wahl 2009	BT-Wahl 2005
Alb-Donau-Kreis	0,6	-	0	-	2,2	2,8
Biberach	1,9	-	1	-	2,3	2,6
Bodenseekreis	2,4	-	1	-	2,6	3,3
Böblingen	1,9	-	1	-	2,6	3,0
Breisgau-Hochschwarzw.	0,5	-	0	-	2,4	3,5
Esslingen	2,0	-	1	-	2,6	3,0
Freudenstadt	0,9	-	0	-	2,2	3,1
Heidenheim	3,8	-	1	-	3,7	4,4
Heilbronn (Landkreis)	2,5	-	1	-	2,7	3,5
Konstanz	2,8	-	1	-	2,9	3,8
Lörrach	0,5	-	0	-	2,9	4,0
Ludwigsburg	2,9	-	2	-	3,0	3,5
Main-Tauber-Kreis	2,5	-	1	-	2,8	3,3
Ortenaukreis	2,5	-	1	-	2,8	4,2
Ostalbkreis	2,9	-	2	-	2,9	3,6
Ravensburg	1,8	-	1	-	2,5	3,1
Rems-Murr-Kreis	1,5	-	1	-	2,6	3,3
Reutlingen	2,8	-	2	-	3,2	3,5
Rhein-Neckar-Kreis	3,0	-	3	-	3,2	4,2
Tübingen ** Tül./Die Linke	6,2	-	3	2	4,8	4,3
Zollernalbkreis	1,9	-	1	-	2,8	3,5
Zwischensumme Kreistage			24	2		
Mandate kommunal und regional gesamt			66	14		
Mandatsträger (weniger als Mandate aufgrund Doppelmandate)			56	13		
Frauenanteil:			12	6		

* Wählervereinigung unterstützt von der Partei Die Linke

** Gemeinsamer Wahlvorschlag von Wählervereinigung mit der Partei Die Linke

Quellen: Stat. Landesamt, Internetseiten der Gemeinden und Landkreise

erzielten wir wie in Tübingen (7,9), Freiburg (7,8), Heidenheim (5,7) oder in Heidelberg (5,6) überdurchschnittliche Ergebnisse.

Eine tiefere Analyse macht deutlich, dass wir in sogenannten sozialen Brennpunkten und/oder in Wohnvierteln mit hohem Migranten/innen-Anteil unsere besten Wahlergebnisse erzielen konnten, zum Teil sogar über zehn Prozent. Insbesondere dort war die Wahlbeteiligung eher niedrig, und es wird sehr darauf ankommen, dass wir dort im Bundestagswahlkampf unsere Mobilisierungsfähigkeit erhöhen.

Auf der Positivseite steht auch der Einzug ins Regionalparlament im mittleren Neckarraum mit drei Mandaten.

Gewinnung neuer Mitglieder !

Wir konnten feststellen, dass in den Kreisen und Kommunen, in denen wir zu den Wahlen angetreten sind, ein aktiver und engagierter Wahlkampf geführt wurde. Wir müssen immer wieder die Erfahrung machen, dass es uns nur begrenzt gelingt, die Mehrheit unserer Mitglieder zu aktivieren. Hier müssen wir sicherlich in der Zukunft ansetzen, ebenso wie bei der Gewinnung und Aktivierung neuer Mitglieder.

Wir sehen das Glas halb voll und nicht halbleer. DIE LINKE hat jetzt in den Kommunalparlamenten, in denen wir vertreten sind, ein Gesicht. Es ist möglich, dass unsere Mandatsträger die Bevölkerung über ihre Arbeit in den Gemeinderäten und im Regionalparlament regelmäßig informieren, den Kontakt zu Bürgerinitiativen suchen, deren Anliegen aufgreifen, auf der kommunalen Ebene außerparlamentarische Initiativen unterstützen und Partei für die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung ergreifen. Auf dem Hintergrund der durch die Krise dramatisch sinkenden Steuereinnahmen, werden viele Stadtkämmerer den Rotstift an die kommunalen Haushalte ansetzen oder gar jetzt schon Haushaltssperren verhängen. Hier wird DIE LINKE in besonderem Maße gefordert sein, wenn wir unserem kommunalpolitischen Programm die nötige Aufmerksamkeit verschaffen wollen. Insbesondere zur finanziellen Ausstattung der Kommunen will der Landesvorstand den Kreisverbänden Argumentationsmaterial zur Verfügung stellen. Dazu soll auch ein Flyer erstellt werden.

Mit dem Einzug in die Kreis- und Gemeinderäte sowie in das Regionalparlament haben wir die Chance der Partei einen kommunalpolitischen Unterbau zu

geben. Das ist eine gute Voraussetzung für den weiteren Aufbau der Linken in Baden-Württemberg.

Bundestagswahlkampf

Für den Bundestagswahlkampf wurde, wie schon bei den Kommunalwahlen ein Landeswahlkampfbüro eingerichtet. Dieses Büro unterstützt die Kreise beim Wahlkampf, besorgt die Logistik und sorgt dafür, dass die Wahlkampfmaterialien rechtzeitig an die richtige Stelle kommen. Der Informationsfluss soll ebenfalls sichergestellt werden, ebenso wie der Einsatz von Redner/innen und Referenten/innen.

Den Wahlkampf vor Ort hat der Landesausschuss auf Vorschlag des Lan-



desvorstandes durch Beschluss, auch finanziell abgesichert, dass zusätzlich zum bundesweiten Material,

- sichergestellt wird, dass jeder Direktkandidat/jede Direktkandidatin ein Personenplakat bekommt, soweit es gewünscht wird,
- und einen Personenflyer zur eigenen Darstellung der Person und der politischen Ziele sowie der Abbildung der ersten 6 Kandidaten/innen der Landesliste.

Wir gestalten Flyer und Plakatangebot einen einheitlichen Layout-Vorschlag. Ab 3. bis 5. August wird das bundesweite Material erwartet.

Wir bitten alle Mitglieder, den Wahlkampf nach ihren Möglichkeiten vor Ort zu unterstützen: mit Aktivitäten und mit Spenden.

Mit solidarischen Grüßen

für den Landesvorstand: Bernd Riexinger, Christoph Cornides, Bernhard Strasdeit, Dorothea Diehm, Sybille Stamm, Sabine Rösch-Dammenmiller

Großer Informations- und Bildungsbedarf

Mit einem „herzlichen Glückwunsch“ wurden am 11. Juli in Stuttgart fast fünfzig neu und einige wieder gewählte Mitglieder in den Gemeinderäten, den Kreistagen und im Regionalparlament willkommen geheißen. Das Forum Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg hatte gemeinsam mit dem Rosa Luxemburg Forum eingeladen zu einer Begrüßungsveranstaltung und einem Kurzseminar als Einstieg in die Arbeit. Bernd Riexinger überbrachte die Glückwünsche der Linken in Baden-Württemberg und skizzierte in seinem Grußwort die politische Lage. Bei einem italienischen Mittagsbuffet gab es dann Zeit zum Kennenlernen und zum regen Austausch der ersten Erfahrungen der frisch gebackenen Mandatsträger/-innen.

Das Kurzseminar am Nachmittag befasste sich mit dem Thema: „Die Rechte und Pflichten von kommunalen Mandatsträgern – Was steht in der Gemeindeordnung, was regelt eine Hauptsatzung und was die Geschäftsordnung?“ Michael Moos, Rechtsanwalt, seit über zehn Jahren Stadtrat der LisSt in Freiburg und Mitglied der Fraktion Unabhängiger Listen, erläuterte die betreffenden Abschnitte in der Gemeindeordnung mit vielen Beispielen aus der Praxis. Wichtige Fragen für die neu Gewählten waren auch die Zusammenarbeit mit anderen Parteien, die Möglichkeiten der Fraktionsbildung und die Besetzung der Ausschüsse. In vielen Gemeinden und Kreisen müssen sich Leute, die auf linken, bunten oder alternativen Listen gewählt wurden, dagegen wehren, dass sie an den Rand gedrängt und von der Ausschussarbeit ausgeschlossen werden. Da muss man dann selbstbewusst auf die Verwaltung und die anderen Parteien zugehen und seine Rechte kennen und wahrnehmen.

Ulrike Küstler

Das Forum Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg e.V. setzt gemeinsam mit dem Rosa Luxemburg Forum die Bildungsarbeit im Herbst mit Seminaren zu den kommunalen Haushalten fort: **Samstag, 12. September 2009**, von 11 bis 17 Uhr, in Stuttgart: Einführung in den Haushaltsplan (Kameralistik). Referent: Alexander Thomas, Referent für Kommunales bei der Landtagsfraktion DIE LINKE Sachsen. **Sonntag, 13. September 2009**, von 11 bis 17 Uhr, in Heilbronn: Einführung in den Haushaltsplan (Kameralistik). Referent: Alexander Thomas. **Samstag, 3. Oktober 2009**, von 11 bis 17 Uhr, in Stuttgart: Einführung in den Haushaltsplan (Doppik). Referent: Michael Faber, Autor des neuen Buches „Der kommunale Haushalt – Kein Buch mit sieben Siegeln“.

Die Anmeldungen zu einem der Seminar bitte senden an ulrike.kuestler@stuttgart.de

Endlich wieder Leben im Stuttgarter Rathaus

Am 29. Juli 2009 tagte der neue Gemeinderat zum ersten Mal. Auf dieser konstituierenden Sitzung war, nicht zuletzt auf Grund des Themas Stuttgart 21, das auf der Tagesordnung stand, endlich mal wieder Leben im Stuttgarter Rathaus zu spüren. Dies bekam auch OB Schuster deutlich zu hören. Schon nach wenigen Minuten seiner Fülle für das umstrittene Projekt, wurde er von den vielen anwesenden Gegnern heftig beschimpft.

Leider hat wieder einmal das bürgerliche Lager von CDU, FDP, Freien Wähler und SPD bei der Abstimmung zu dem Antrag von Grünen und SÖS und Linke, einen neuen Bürgerentscheid gegen Stuttgart 21 zu beschließen, gesiegt. Nach dem Statement der Fraktionsvorsitzenden Blind, SPD, die sich eindeutig für das Projekt Stuttgart 21 aussprach, und die nach ihrer Rede mit lauten Buh-Rufen von der Zuschauertribüne beglei-



Die erste Sitzung des neuen Gemeinderats in Stuttgart nutzten zahlreichen Initiativen, um ihre Forderungen vorzubringen, neben Stuttgart 21-Gegnern waren das vor allem Eltern, die an das Versprechen von mehr Kita-Plätzen erinnerten.

tet wurde, war dies klar! Im Rathaus wird sich also nichts so schnell ändern!! Davon werden sich jedoch die Stuttgart

21-Gegner nicht beeindruckt lassen. Der Widerstand wird weiter gehen.

Gangolf Stocker, Redner für die Fraktion SÖS und Linke, richtete nach seinem Statement auch ein paar persönliche Worte an OB Schuster. Dieser möge doch bitte langsam begreifen, dass es keine PDS mehr gibt, denn in allen Medien schafft es OB Schuster noch nicht, das Wort Linke in den Mund zu nehmen.

Die Linke, Kreisverband Stuttgart

Pforzheim: Fehlstart oder Fehlinterpretation ?

Der Chefredakteur des „Pforzheimer Kuriers“ bezichtigt Linke und WiP in seinem Kommentar des „Wirrseins“, da sie gegen die Haltung „Es war schon immer so“ bei der Besetzung der Ausschüsse im neuen Pforzheimer Gemeinderat es sich erlaubt haben, eine eigene Meinung zu vertreten.

Herr Bartel bezeichnet die Inanspruchnahme eines demokratischen Rechts, nämlich gegen oder für etwas zu stimmen, als völlig überzogene Reaktion. Er verlangt gar, dass sich eine Minderheit mit Handkuss bedanken müsse, wenn sie überhaupt in demokratische Prozesse einbezogen werden will. Ich weiß nicht, wessen Hände Herr Bartel geküsst hat, um solche Kommentare schreiben zu können, jedoch: Sein Umgang mit Minderheiten scheint von bestimmten Mehrheitsmeinungen im Pforzheimer Gemeinderat geprägt zu sein.

Zum Sachverhalt selbst ist festzuhalten, dass WiP und Die Linke alle Fraktionen anschrieben und gebeten haben, in drei Ausschüsse mit Antrags- und Stimmrecht aufgenommen zu werden.

Keine der Fraktionen hat es für nötig gehalten, uns auch nur zu antworten. Auf das demokratische Anliegen, 7,2%



Ulrike Küstler, schon bisher Stadträtin für die Linke, und der neu gewählte Stadtrat Thomas Adler bei ihrer Verpflichtung.



Fotos auf dieser Seite: Roland Hägele

„Wir sind die Fraktionsgemeinschaft SÖS und Linke“

Wir, Gemeinderätinnen und Gemeinderäte des Parteifreien Bündnisses Stuttgart ökologisch sozial (SÖS) und Die Linke im Stadtrat, Thomas Adler, Maria-Lina Kotelmann, Ulrike Küstler, Hannes Rockenbauch und Gangolf Stocker – schließen uns zusammen zur Fraktionsgemeinschaft SÖS und Linke.

In dieser Fraktionsgemeinschaft treten wir im Stuttgarter Gemeinderat gemeinsam für folgende Ziele ein:

Natürliche Lebensgrundlagen erhalten!
Direkte Demokratie stärken!

Die soziale und solidarische Stadt!

Wir stellen fest, dass wir damit für die Forderungen des SÖS-Kurzwahlprogramms 2009 ebenso eintreten können wie für das Kurzwahlprogramm der LINKEN 2009.

Schon im bisherigen Gemeinderat von

2004 bis 2009 haben unsere bisherigen Gemeinderatsmitglieder in vielen politischen Fragen übereingestimmt. Das zeigte sich darin, dass sie meistens gemeinsam abgestimmt und sich gegenseitig unterstützt haben, wie auch in einigen gemeinsamen Anträgen.

Unsere Fraktionsarbeit organisieren wir gemeinsam in einer Fraktionsgeschäftsstelle. Zum Fraktionsvorsitzenden haben wir Stadtrat Hannes Rockenbauch gewählt, Stellvertreterin ist Stadträtin Ulrike Küstler.

Wir haben damit auch die Voraussetzung geschaffen, dass SÖS und Die Linke Stuttgart einen gemeinsamen Vorschlag für die Besetzung der Sitze in den Bezirksbeiräten einreichen.

Stuttgart, den 3. Juli 2009

Thomas Adler, Maria-Lina Kotelmann, Ulrike Küstler, Hannes Rockenbauch, Gangolf Stocker

der Wählerinnen und Wähler in den künftigen Gestaltungsprozess mit einzu beziehen, wollte niemand eingehen. An dieser Stelle sei dem Stadtrat Krammerbauer von den Unabhängigen Bürgern gedankt. Er brachte den Mut auf, sich bei der Abstimmung, WiP und die Linke aus den Ausschüssen als vollwertige Mitglieder fernzuhalten, der Stimme zu enthalten. *Claus Spohn, Stadtrat*

DIE LINKE. IM MANNHEIMER GEMEINDERAT

Die Offene Liste lebt

Die LINKE Offene Liste bzw. die Menschen, die sie im Wahlkampf getragen haben, dokumentierten am Montag, 20. Juli: Wir arbeiten weiter zusammen. Das erste Treffen nach der Wahl war mit ca. 30 Personen gut besucht. Thomas Trüper legte einige Zahlen zur Interpretation der Ergebnisse auf Wahllokal-Ebene vor. Ein Vertreter der DKP wertete die Tatsache, dass nun zwei (und nicht mehr) Linke im Gemeinderat sind, als Zeichen, dass die Strategie der Parteikandidatur gescheitert sei und die Linke Liste Mannheim doch hätte fortgeführt werden müssen. Es überwog jedoch die Meinung, dass der Ansatz gelungen ist. Immerhin ist erstmals seit den Fünfzigerjahren wieder mehr als ein/e Linke/r im Gemeinderat vertreten.

Nach einem Bericht über die Konstituierung des neuen Gemeinderats, über die Zusammensetzung der Ausschüsse, die Verteilung der Beirats- und Aufsichtsratsposten gab es einige Diskussion um die anstehende Besetzung der vier Bezirksbeiratssitze, die der Linken zustehen. Hier gibt es teilweise bis zu sechs Bewerber auf einen Sitz. Der Vorstand der Linken hat beschlossen, die Nominierungen für die Bezirksbeiratssitze auf einem Kreisparteitag am 10. August nach den Regeln des Status der Linken in geheimer Wahl durchzuführen. Zur



Die ErzieherInnen der städtischen KiTas ließen zur ersten Sitzung des neu gewählten Gemeinderats die StadträtInnen über einen „neuen Bildungsweg“ laufen und sammelten Unterstützungsunterschriften für ihre Forderungen.

Unterstützung der beiden Mandatsträger im Gemeinderat wird nun wieder ein regelmäßig tagender Kommunalaussschuss gebildet, zu dem öffentlich eingeladen wird. Spezielle Themenfelder wie beispielsweise Bildung, Sozialpolitik, Umwelt/Energie/Verkehr bedürfen der Bearbeitung. Dies gilt sachlich wie auch kommunikativ: Die Herausforderungen der künftigen Kommunalpolitik auf Grundlage eines absolut krisenhaften Kommunalhaushaltes lassen sich nur durch Einbeziehung und Bewegung Vieler bewerkstelligen. Das Treffen der Offenen Liste machte Mut.

Die Linke in vier Ausschüssen

In zahlreichen Gesprächen mit Vertretern der SPD, der Grünen, der CDU und der Mannheimer Liste hat Gudrun Kuch die Möglichkeiten ausgelotet, wie die Gruppe der Linken Sitz und Stimme in Gemeinderatsausschüssen bekommen kann, obwohl nach den Regeln von d'Hondt für eine zweiköpfige Gruppe in einem Gemeinderat mit 48 Mitgliedern keine Chance besteht, in die meist 12-köpfigen beschließenden Ausschüsse zu gelangen.

Im Regelfall wird die Konstituierung der Ausschüsse vor der ersten Gemeinderatssitzung ausgehandelt und dann auf dieser Sitzung im Konsens aller Gemeinderatsmitglieder beschlossen, was am Dienstag auch geschehen ist. Alternativ müsste jeder einzelne Ausschuss in einer Verhältniswahl zwischen eigens aufzustellenden Listen gewählt werden. Gleiches gilt für Aufsichtsratsmandate des Gemeinderats.

Die erforderlichen Absprachen haben ihre Basis in der Möglichkeit, „Zählgemeinschaften“ zwischen Gruppen und Fraktionen zu bilden. Beispielsweise könnte Die Linke mit der Mannheimer Liste eine Zählgemeinschaft mit dann fünf Stimmen bilden. Eine Gruppe dieser Größe käme in allen neun 12er-Ausschüssen mit einem Sitz zum Zuge. Allein schon dieser Umstand lenkte die Schritte des Fraktionsvorsitzenden der SPD zu Gudrun Kuch, um andere Varianten zu erörtern.

Nach einigem Hin und Her sah die Konsenslösung wie folgt aus: Es gibt zwei Zählgemeinschaften: Grüne und FDP sowie SPD und CDU. Die beiden letzteren geben „freiwillig“ Sitze an Linke und ML ab, bevor ihnen diese Sitze anderweitig abgenommen worden wären.

Die Linke wird somit vertreten sein in den Ausschüssen für Wirtschaft, Arbeit und Soziales, für Bildung und Gesundheit, im Betriebsausschuss Technische Betriebe (alles beschließende Ausschüsse) sowie im Integrationsausschuss (beratender Ausschuss). Im Ältestenrat sind alle Listen vertreten, so auch die Linke. Aufsichtsratsmandate wird Die

Linke bei der Musikpark Mannheim GmbH und bei der Großmarkt Mannheim GmbH wahrnehmen. Politische Absprachen sind mit dieser Konsenslösung nicht verbunden.

In seiner Eröffnungsansprache zur neuen Amtszeit des Gemeinderats hob der Oberbürgermeister nochmals hervor, dass der von ihm angestrebte und vom letzten Gemeinderat beschlossene „Change“-Prozess dazu führen soll, dass die Ausschüsse sich mit den detailbezogenen Beschlussanträgen und -vorlagen befassen, während der Gemeinderat die strategischen Fragen diskutieren und entscheiden soll.

14. Oktober: Bürgerversammlung zur Haushaltssituation

Die Linke im Gemeinderat begrüßt die am 14. Oktober geplante Bürgerversammlung, bemängelt jedoch, dass bisher keine Schritte dieser Art unternommen wurden und ausgerechnet jetzt mit einer Bürgerversammlung der absehbare Katastrophenhaushalt der Bürgerschaft förmlich vor die Füße gekippt werden soll. Wenn Bürgerbeteiligung ernst genommen werden soll, dann müssen vor allem bei den „Handlungsmöglichkeiten“ die kontroversen Standpunkte zu den Themen Privatisierung, Steuererhöhung und Schuldenbremse dargestellt werden. Außerdem macht dieser Versuch der Bürgerbeteiligung nur Sinn, wenn er der Startpunkt zum Einführungsprozess für Beteiligungs- oder BürgerInnenhaushalte ist.

Tübinger LINKE: Konjunkturprogramm statt Haushaltssperre

Oberbürgermeister Boris Palmer forderte vor der Kommunalwahl ein ökosoziales Konjunkturprogramm und warb damit zusätzliche Wählerstimmen für die Grünen. Jetzt verkündigte er eine Haushaltssperre, will Stellen einsparen, ließ die Kindergartengebühren anheben und stoppte beschlossene Zuschüsse für den Sport. Der neue verkleinerte Gemeinderat wurde gar nicht groß gefragt. Anton Brenner, wiedergewählter Stadtrat der LINKEN, kommentierte: Sparen in der jetzigen Situation schädigt die Wirtschaft. Boris Palmer mutiere vom grünen Obama zum schwarz-grünen Schwarzenegger. Die Linke verhinderte im Gemeinderat die Einstellung eines grünen Sparkommissars und fordert statt Stabsstellen mehr Beschäftigte in Pflegeheimen, Kindergärten und bei den Stadtbaubetrieben. Bei den Haushaltsberatungen im Herbst wird sich diese Debatte erneut zuspitzen.

Gerlinde Strasdeit (Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Tübinger Gemeinderat)



Freiburg: durch Bürgerentscheid und aktivistischen Wahlkampf dazugewonnen

Mit 5,7% für DIE LINKE bei den Europawahlen in Freiburg (+0,8% gegenüber der Bundestagswahl 2005) und 7,8% für die LINKE LISTE bei den Kommunalwahlen (+1,5%) konnte die Linke in Freiburg ihre Position stärken und ihre Verankerung ausbauen. Die LINKE LISTE ist mit vier Abgeordneten, also mit Fraktionsstärke im Gemeinderat vertreten. Zusammen mit der Kultur-Liste, den Unabhängigen Frauen und der Grünen Alternative Freiburg (Links-Abspaltung der Grünen) kommt der „linke Block“ auf 18,5% (+4,8%) und steht damit stärker da als die SPD.

Die SPD unter Steinmeier und Müntefering hat hingegen ein katastrophales Ergebnis erreicht. Trotz leichter Zugewinne in Freiburg wurden hier Gewerkschafter heruntergewählt (Jürgen Höfflin, DGB) oder gar nicht gewählt (Ingo Busch, Personalrat Uniklinik). Auch ein „linker“ Wahlkampf kann die Wähler nicht darüber hinweg täuschen, daß die SPD für Agenda 2010, Hartz IV

etc. verantwortlich ist. Die Abkehr vieler Menschen von der SPD und die Unzufriedenheit mit der Politik der großen Koalition drücken sich leider nur unzureichend in sozialen Kämpfen und den Wahlergebnissen der LINKEN aus. Beides muss sich ändern – und beides kommt nur Hand in Hand. Dort, wo Menschen wirklich über ihre Zukunft entscheiden können – beim Nein zu EU-Verfassung und Lissabon-Vertrag in Irland oder Frankreich ebenso wie beim Bürgerentscheid gegen den Wohnungsverkauf in Freiburg – wächst das Selbstbewusstsein und kann die Linke gewinnen.

Der Bürgerentscheid gegen den Wohnungsverkauf spielte im Wahlkampf vordergründig nur eine geringe Rolle: die Wahlbeteiligung war sogar ein wenig niedrig als vor fünf Jahren und die Grünen, die für den Verkauf stimmten, haben nur wenig verloren. Bei den Europa- und den Kommunalwahlen wurde wieder einmal deutlich: die Menschen haben – zu Recht – nicht das Gefühl, mit ihrer Stimme etwas verändern zu können. Entscheidend für das dennoch gute Wahlergebnis in Freiburg war zum einen, dass sich seit dem Bürgerentscheid kontinuierlich Stadtteilaktivisten gegen Mieterhöhungen engagieren und sich noch kurz vor der Wahl mit einer Mieterzeitung in den Wahlkampf eingemischt haben. Auch LINKE-Mitglieder in Freiburg sind aktiv beim Runden Tisch gegen Hartz IV und der Initiative „Wohnen ist Menschenrecht“ ebenso wie in Gewerkschaften oder der Friedensbewegung.

Zum anderen führten die LINKE und die LINKE LISTE einen aktivistischen Wahlkampf. Im Wahlkampf haben Mitglieder der LINKEN alleine über 1.000 Plakate geklebt und aufgehängt, dazu kommen weitere 1.500 Plakate der LINKE LISTE. Zehntausende Zeitungen und Flugblätter wurden im Stadtgebiet verteilt. Und in den letzten 48 Stunden standen wir mit Infoständen in mehre-

ren Stadtteilen und haben Kneipentouren durchgeführt. Und wir hatten mit Wilfried Telkämper einen Kandidaten fürs Europaparlament, der sich selber mit viel Engagement eingebracht hat.

Dirk Spöri

Linke mischen den Kreistag auf

Weinheimer Nachrichten vom 29. Juli 2009

LADENBURG. Mit einem wahren Wahlmarathon hat sich gestern der neue Kreistag des Rhein-Neckar-Kreises konstituiert. Bei der Sitzung, die traditionell in der kreisältesten Stadt Ladenburg stattfand, hatten die drei Kreisräte der Linkspartei von ihrem Recht Gebrauch gemacht, die geheime Abstimmung über Stellvertreter des Landrats und Mitglieder in Ausschüssen und Zweckverbänden zu verlangen.

Vorausgegangen war eine Debatte über den Status der Linken, die erstmals im Kreistag vertreten sind. Nach der Geschäftsordnung des Kreistages müssten sie fünf Kreisräte stellen, um Fraktion zu sein. Auch in den Ausschüssen haben sie weder Sitz noch Stimme, wohl aber ein Teilnahmerecht. „Wir werden systematisch beschnitten und ausgegrenzt“, kritisierte ihr Kreisrat Dr. Edgar Wunder unter anderem die beabsichtigte Senkung der Zahl der Mitglieder in den Ausschüssen von 30 auf 28. Dadurch konnten die Linken noch nicht einmal im Losverfahren zum Zuge kommen. Der Grünen-Kreisrat Uli Sckerl widersprach dieser Darstellung vehement: „Wir sind für ein faires Miteinander, aber man kann nichts übers Knie brechen.“ Für die CDU-Fraktion sagte Bruno Sauerzapf: „Wir erleben hier eine neue Phase in diesem Kreistag.“ Die geheime Wahl sei „vollständig überflüssig“. Ausdrücklich lud er wie die Sprecher der übrigen Fraktionen die Linken zur Mitarbeit ein. Die daraufhin

„Heidenheimer Neue Presse“, 24. 6. 2009

Partei „Die Linke“ zieht positive Wahlbilanz

Horst Mack: Die kommunalpolitische Landschaft verändert / Norbert Fandrich will permanenten Dialog mit den Bürgern

Hoherfreut zeigten sich Mitglieder und Freunde der Partei „Die Linke“, Heidenheim, allen voran deren neugewählte Mandatsträger, über den Wahlerfolg ihrer Partei in Stadt und Kreis Heidenheim. Mit Horst Mack und Norbert Fandrich, ziehen zwei Kandidaten in den Gemeinderat ein, Mack zudem in den Kreistag.

„Wir sind drin!“, begrüßte der Kreisvorsitzende Hasan Cildir bei der Wahlparty seiner Partei die zahlreich erschienenen Gäste. Dieser Erfolg sei einer

bemerkenswerten Gemeinschaftsleistung aller zu verdanken, die in den letzten Monaten und Wochen unbeirrt und hart dafür gearbeitet und gekämpft hätten. Cildir: „Diese Wahl ist für uns klare Verpflichtung und hohe Verantwortung in den nächsten Jahren.“

„Alleine mit unserem Einzug in die kommunalen Parlamente haben wir die politische Landschaft in Heidenheim erheblich verändert“, stellt Horst Mack fest. Weitestgehende Transparenz, Wahrhaftigkeit und mehr direkte Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger im kommunalen Geschehen sieht er als verbindliches Wahlverspre-

chen und unabdingbare Arbeitsgrundlage der „Linken“ in den Gremien. „Selbstverständliche Bürgerrechte bekommen mit uns wieder einen guten Ruf in Heidenheim“, verspricht er.

Norbert Fandrich setzt bei der anstehenden kommunalpolitischen Arbeit der „Linken“ auf permanenten Dialog mit den Bürgern: „Heidenheim ist ihre Stadt. Darum werden wir uns in Zukunft gemeinsam mit ihnen nachhaltig kümmern.“ Für manch alteingesessenen Stadtrat wie auch die Verwaltung dagegen werde es mit der „Linken“ in den Gremien eher ungemütlicher. „Da werden sich einige umstellen müs-

sen“, kündigt der erfahrene Betriebsratschef und künftige Stadtrat an. Mack und Fandrich bedankten sich für das ihnen geschenkte Vertrauen appellierten an Parteimitglieder und Bürger, sie in ihrer künftigen Arbeit solidarisch-kritisch zu begleiten und tatkräftig zu unterstützen. Beide wünschen sich auch „mehr Bürger bei den Sitzungen des Gemeinderates.“ Michael Bernloehr überbrachte Grüße und Glückwünsche des Landesvorstandes der „Linken“. Sowohl bei den Kommunal- als auch den Europawahlen lägen die „Linken“ in Heidenheim mit ihren bemerkenswerten Ergebnissen gemeinsam

mit den „Linken“ im benachbarten Ostalbkreis mit an der Spitze im Landesverband. Eine höhere Wahlbeteiligung hätte man sich gewünscht und angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise insgeheim auch erhofft.

Politik müsse wieder transparent, ehrlich, nachvollziehbar, einbeziehend und mitbestimmbar für die Menschen werden, gerade auch in der Kommunalpolitik, so Bernloehr. Die Frage einer möglichen Fraktionsbildung mit dem damit verbundenen Zugang zu den kommunalen Ausschüssen will „Die Linke“ gemeinsam mit ihren Mandatsträgern Tag

pm

von den Linken verlangte geheime Wahl zog sich über fast zwei Stunden hin, am Ergebnis änderte das aber nichts.

Im weiteren Verlauf der Sitzung billigte der Kreistag mit den Stimmen von FDP, Freien Wählern, Grünen und Linken und gegen die der SPD einen Antrag der CDU, die Kreisumlage für 2010 noch nicht auf 32,9 Prozent festzuschreiben. Dies hatte Landrat Dr. Jürgen Schütz im Vorfeld der Etataufstellung beantragt.

In der Fragestunde für Kreiseinwohner erkundigte sich Jürgen Gulden aus Weinheim nach dem Stand in Sachen Kreisverbindungsstraße. „Die Straße wird so weitergebaut, wie sie planfestgestellt ist“, antwortete der Landrat kurz und knapp, kündigte aber eine detaillierte schriftliche Antwort an.

Auf Anfrage von Linken-Kreisrat Carsten Labudda erklärte der Landrat, der beabsichtigte Aufbau von Pflegestützpunkten sei noch nicht sehr weit vorangekommen. Bisher sei lediglich eine Vereinbarung mit den Pflegekassen getroffen und ein Verein gegründet worden. Auch die Standorte stünden noch nicht fest, sagte Schütz.

LINKE gegen Mehrwertsteuererhöhung

Annette Groth, Mitglied des Landesvorstandes der LINKEN und Bundestagskandidatin im Wahlkreis Pforzheim, kritisiert die geplante Mehrwertsteuererhöhung, für die Ministerpräsident Oettinger eintritt.

Der reduzierte Mehrwertsteuersatz von 7% für Bücher, Bustickets und Eintrittskarten für kulturelle Veranstaltungen ist eingeführt worden, um auch ärmeren Menschen die Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben zu ermöglichen. Nun sollen ausgerechnet die Preise für Kultur und den

öffentlichen Nahverkehr sowie für Lebensmittel angehoben werden. „Dies betrifft Hartz-IV Empfänger, Alleinerziehende und Geringverdienende viel stärker als andere Bevölkerungsschichten“, sagt Groth. Für die Kandidatin ist klar, dass Oettinger und andere „Experten“ mit dem Ruf nach Mehrwertsteuererhöhung die Bevölkerung an eine Erhöhung nach der Wahl vorbereiten wollen. Groth weist auf andere EU-Mitgliedsstaaten wie Ungarn und Lettland, in denen der Mehrwertsteuersatz wegen der Krise auf 25% erhöht wurde. „Auch dieser Steuersatz wird in einigen Kreisen bei uns diskutiert. Die Ärmsten sollen die Zeche für die Finanz- und Wirtschaftskrise zahlen. Dies müssen wir verhindern.“



Gut besuchte Betriebs- und Personalrätekonferenz der Fraktion Die Linke am 16. Juli in Stuttgart.

Betriebs- und Personalrätekonferenz

Fraktion DIE LINKE in der Hauptstadt der Kurzarbeit

120 Betriebs- und Personalräte diskutierten am 16. Juli auf Einladung der Fraktion DIE LINKE im Bundestag im Gewerkschaftshaus in Stuttgart über ihre Forderungen in der Wirtschaftskrise.

„Aufgabe des Staates ist es, nicht das Spielcasino Finanzmarkt, sondern Arbeitsplätze zu retten“, machte Ulrich Maurer, parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE, zu Beginn der Konferenz deutlich.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Gregor Gysi, kritisierte in seiner Rede die Bundesregierung scharf. Während sie einen Bankenrettungsfond in Höhe von 480 Milliarden in einer Woche im Bundestag durchgedrückt habe, bereite sie gleichzeitig Sozialkürzungen nach der Bundestagswahl vor. „Die Lidl-Verkäuferin darf nicht bezah-

len, was Herr Ackermann angerichtet hat.“ Statt Geld für Banken forderte Gysi einen Schutzschirm für Menschen. In der Krise seien massive öffentliche Investitionen in Bildung und öffentliche Infrastruktur notwendig.

„In der Krise in die Offensive“ brachte Leni Breymaier, Landesbezirksleiterin Verdi Baden-Württemberg, die Stimmung der Konferenz auf den Punkt und forderte Lohnerhöhungen für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst. Die versammelten Betriebs- und Personalräte stärkten den dortigen Beschäftigten in ihren Tarifverhandlungen am 16. und 17. Juli den Rücken und forderten die Arbeitgeber auf, die Streiks nicht weiter zu kriminalisieren. „Streiks sind kein Verbrechen sondern ein demokratisches Recht.“



Gregor Gysi am Rande der Betriebsrätekonferenz in Stuttgart mit BundestagskandidatInnen aus dem Land.

Für eine soziale Alternative gegen die kapitalistische Krise!

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wählen links!

Aufruf unterschreiben unter: <http://www.wirwaehlenlinks.de>

Die große Koalition hat die unsoziale Politik von Rot-Grün und Schwarz-Gelb fortgesetzt. Leiharbeit und befristete Beschäftigung, Scheinselbstständigkeit und Minijobs drücken auf die Löhne. Hartz IV drangsaliert Millionen Erwerbslose und hat Lohndumping Tür und Tor geöffnet. Abbau regulärer Vollzeitstellen und Reallohnsenkung selbst im Aufschwung – die Agenda 2010 wirkt! Rentenkürzungen und Zweiklassenmedizin belasten Beschäftigte und Versicherte. Mehrwertsteuererhöhung, Senkung des Spitzensteuersatzes, fortgesetzte Unternehmenssteuersenkungen treiben die Umverteilung voran. Zugleich trocknen sie den Sozialstaat aus. Rot-grüne und schwarz-rote Politik hat die Gesellschaft gespalten. Sie hat die Armen ärmer und die Reichen reicher gemacht. Durch Deregulierung hat sie kapitalistischem Profitstreben und der Spekulation freie Bahn geschaffen. So hat sie die Krise und steigende Massenarbeitslosigkeit angeheizt.

Für die Bankenrettung, Steuerausfälle und die Kosten der Arbeitslosigkeit wird uns nach der Bundestagswahl die Rechnung präsentiert: Eine Agenda 2020, zu Lasten von Beschäftigten,

Erwerbslosen und Rentnerinnen und Rentnern.

Nur eine starke LINKE kann gemeinsam mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen Druck entwickeln, um diese Belastungen und Sozialstaatsdemontage zu verhindern.

DIE LINKE ist die einzige Partei, die einen Richtungswechsel will, eine soziale Alternative zum Kapitalismus:

- Schutz der Arbeitsplätze durch Zurückdrängen von Kapitalmacht, Vergesellschaftung der Banken, strikte Regulierung der Finanzmärkte und mehr Demokratie in der Wirtschaft;
- Zwei Millionen neue tariflich geregelte gute Arbeitsplätze durch ein Zukunftsprogramm für Bildung, Gesundheit, ökologischen Umbau, öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge;
- höhere Löhne durch gesetzlichen Mindestlohn, Maßnahmen gegen Lohndumping, gleichen Lohn für Frauen und Männer, Stärkung der gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten bis hin zum politischen Streik, Arbeitszeitverkürzung;
- Stärkung des Sozialstaats durch längeres Arbeitslosengeld I, bedarfsgerechte repressionsfreie Mindestsicherung, Bürgerversicherung statt

Zweiklassenmedizin und Rücknahme der Rentenkürzungen sowie der Rente mit 67;

- Reiche und Profiteure zur Kasse: Finanzierung durch Millionärssteuer und höhere Besteuerung hoher Einkommen und finanzstarker Unternehmen.

Wir rufen auf, bei der Bundestagswahl 2009 DIE LINKE zu wählen!

Erstunterzeichner/innen:

Petra Botschafter, Gesamtpersonalratsvorsitzende; Klaus Bullan, Gewerkschaftssekretär; Susanne Danowski, Betriebsrätin; Zeynep Dere, Stellvertretende Personalratsvorsitzende; Sigi Frieb, Gewerkschaftssekretärin; Heinz-Jürgen Gehring, Betriebsratsvorsitzender; Axel Gerntke, Gewerkschaftssekretär; Srecko Gligorevic, Vertrauenskörperleiter; Jürgen Hinzer, Gewerkschaftssekretär; Dieter Hooge, ehem. DGB-Landesvorsitzender Hessen; Andreas Höppner, Betriebsratsvorsitzender; Andreas Huhn, Vertrauenskörperleiter; Thomas Keuer, Gewerkschaftssekretär; Ralf Krämer, Gewerkschaftssekretär; Hans Kroha, Gewerkschaftssekretär; Antonia Kühn, Gewerkschaftssekretärin; Renate Licht, Gewerkschaftssekretärin; Meike Lüdemann, Gewerkschaftssekretärin; Johannes Müllerschön, Gesamtbetriebsratsvorsitzender; Bernd Riexinger, Gewerkschaftssekretär; Heidi Scharf, Gewerkschaftssekretärin; Horst Schmitthener, Gewerkschaftssekretär; Andreas Springer-Kieß, Betriebsratsvorsitzender; Jürgen Stamm, Gewerkschaftssekretär; Sybille Stamm, Gewerkschaftssekretärin; Manfred Steidle, Betriebsratsvorsitzender; Veronika Stossun, Betriebsratsvorsitzende; Christian Thym, Stellvertretender JAV-Vorsitzender; Thomas Trüper, Betriebsratsvorsitzender; Franz Uphoff, Gewerkschaftssekretär; Michael Wendt, Gewerkschaftssekretär; Margarete Wiemer, Personalratsvorsitzende; Prof. Dr. Bodo Zeuner, Politikwissenschaftler; Wolfgang Zimmermann, Personalratsvorsitzender

Aus der Landes-AG „Betrieb & Gewerkschaft“

Beratungen der LINKEN mit Gewerkschaftsvorständen

Im letzten halben Jahr kam es zu mehreren Beratungen zwischen Vertretern der Landespartei DIE LINKE und Gewerkschaftsspitzen, die durch die Landes-AG Betrieb & Gewerkschaft vermittelt wurden. Von unserer Seite war immer Ulrich Maurer dabei.

Beim DGB Landesbezirk empfangen u.a. der DGB-Chef Rainer Bliesener und seine Stellvertreterin Marion von Warthenberg Bernhard Strasdeit vom geschäftsführenden Landesvorstand und Peter Ott, ein ausgewiesener Kenner der Abgründe der neuen Gesundheitspolitik. Themen waren eben gerade die Gesundheitspolitik, die Rente mit 67 und das angedachte neue Versammlungs„recht“ der Landesregierung.

Heidi Scharf, die gewerkschaftspolitische Sprecherin im Parteivorstand, Hasso Ehinger u.a. waren neben Uli zu Gast bei Jörg Hofmann, dem IG Metall Bezirksleiter und dem Pressesprecher Kai Bliesener. Hier dominierten die Sor-

gen um die Kurzarbeiter. Jörg Hoffmann bat Uli Maurer, sich dafür stark zu machen, die Kurzarbeiter steuerlich zu entlasten.

Der Daimler-Betriebsrat Sigi Deuschle sprach mit den Bevollmächtigten der Stuttgarter IG-Metall-Verwaltungsstelle Hans Bauer und Uwe Meinhardt ebenfalls über die Rente mit 67. Spezielle Stuttgarter Probleme, die eben durch die schwächelnden Automobil- und Zulieferfirmen geprägt sind, wurden unserer Delegation vorgetragen.

Beim Verdi-Landesbezirk waren Uli Maurer (MdB), Dorothee Diehm und Bernhard Strasdeit vom Landesvorstand und Michael Schlecht, gewerkschaftspolitischer Sprecher im Parteivorstand die Gäste von Landesleiterin Leni Breymaier und ihrem Team. Hierzu gab Verdi eine Presseinfo heraus, die wir hier dokumentieren:

Gemeinsam gegen Rente mit 67

In vielen politischen Feldern seien Über-

einstimmungen festzustellen, für die es gerade vor der Bundestagswahl einzutreten gelte, so die Bilanz des ersten Gesprächs zwischen der LINKEN im Land und dem baden-württembergischen Verdi Landesbezirk. Themen waren der zu befürchtende Anstieg der Arbeitslosigkeit gerade in Baden-Württemberg in Folge der Wirtschaftskrise. „Wir gehen davon aus, dass die ganze Wahrheit über die Wirtschaftslage und die Situation der Öffentlichen Haushalte erst nach der Bundestagswahl ans Licht kommt“, so der Stuttgarter LINKEN-Bundestagsabgeordnete Ulrich Maurer. „Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, vor der Bundestagswahl zu erfahren, was nach der Wahl ansteht. Milliarden Ausgaben, Schuldenbremse und Steuersenkungen, das geht doch nicht zusammen“, so die baden-württembergische Verdi-Landesbezirksleiterin Leni Breymaier.

Hinsichtlich des Tarifkonflikts in den Sozial- und Erziehungsdiensten war man sich in der Kritik an der Doppelzüngigkeit einer Politik einig, die ständig die Fahne der Bildung hochhalte, aber sich um eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst drü-

cke. Als besonders wichtiges Thema im bevorstehenden Bundestagswahlkampf wird von beiden Seiten der Ausstieg aus der Rente mit 67 angesehen. Wer angesichts eines dramatischen Anstiegs der Arbeitslosigkeit mit einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit noch Öl ins Feuer gieße, handele verantwortungslos und habe die Lektionen dieser Krise nicht gelernt. Die Überprüfungs Klausel im Gesetz zur Rente mit 67 müsse genutzt werden, um aus diesem Irrweg auszuweichen. Verdi strebt im Wahlkampf Gespräche mit politischen Parteien im Land an, um auszuloten, wo Arbeitnehmerinteressen aufgegriffen und unterstützt werden können.

Protest in Südwest

Die sonst so stolze Metallindustrie Baden-Württembergs ist angeschlagen. Einerseits zeitigt die verschärfte Umverteilungspolitik Schröders mit der gewollten massiven Ausweitung des „Niedriglohsektors“ nun zeitversetzt ihre Wirkung: Der Aufschwung des Jahres 2007 ging an breiten Teilen der Bevölkerung vorbei, und die so bedingte Kaufkraftschwäche der Konsumenten verhinderte, den Boom der Industrie auf die Teile der Wirtschaft zu transferieren, die von der Binnennachfrage leben. Andererseits knickte die Weltkonjunktur auf Grund des Platzens der Finanzblase ein, was die Exportregion Baden-Württemberg besonders traf. Verwundert rieb man sich in Untertürkheim die Augen, als die Abwrackprämie nicht zum Umsatz bei der E-Klasse beitrug, sondern Wolfsburger Produkte begünstigte. Um die 30% im Automobilbau, 40% bei den Zulieferern, bis zu 90% im Maschinenbau, das waren die Zahlen des Auftragseinbruchs. „Kurzarbeit Null“, manchmal monatelang, war und ist die Realität vieler Beschäftigter, wobei die guten Tarifverträge der baden-württembergischen IG Metall die Beschäftigten in die Lage setzten, mit geringsten Netto-

Einbußen davonzukommen. Die Tatsache, dass die Industriebranchen jetzt auf einmal beim Kreditranking durchfielen, machte es den Firmen schwer, an Geld für Entwicklung und Investitionen heranzukommen, Bosh (Kfz-Zulieferer) müsste einen Kredit mit 13% verzinsen. Und das war die Situation vieler Firmen: Die benötigten Kredite waren so unbezahlbar, dass sie nicht in Anspruch genommen werden konnten, und sie somit gezwungen waren, ans „Eingemachte“, ans Eigenkapital zu gehen. Nicht immer gelang es, transparent zu machen, dass der Bankenrettungsschirm eigentlich dazu da war, damit die Banken ihrer Aufgabe nachkommen sollten, die Wirtschaft zu finanzieren, denn neben den Bürgschaften des Rettungsschirms, der sie vor Handlungsunfähigkeit bewahrte, besorgten sie sich ihrerseits das Geld bei der EZB zu einem Zinssatz von nur einem Prozent.

Natürlich waren die Belegschaften unter Druck, und die Bereitschaft zum Verzicht war hoch. Dennoch kam es zu Protesten der Belegschaften während der Arbeitszeit: Demonstrationen gegen drohende Kündigungen, gegen das Gebaren der Banken (wobei hier manchmal seltsame Solidarisierungseffekte mit den Unternehmen zu Tage traten, da ja jetzt nicht sie „die Bösen“ waren, sondern die Banken, quasi der gemeinsame äußere Gegner): „Eine Region steht auf!“ Zehntausend in Sindelfingen, 6.000 in Stuttgart Feuerbach und 3.000 Bad Cannstatt, weitere Tausende in Reutlingen, Geislingen, Schwäbisch Hall und an anderen Orten, insgesamt mit 30.000 beeindruckend. Bei allen Protesten überbrachten Parteimitglieder der Linken ihre Solidarität mit den Arbeitsniederlegungen vor.

Am 17. Juni setzten die Esslinger Metaller noch einen drauf: Mit einem „Aufstand der Anständigen“ demonstrierten sie vor Banken, hängten davor ihr „letztes Hemd“ auf und for-

derten einen öffentlichen Regionalfonds für Beschäftigung. Bei der Forderung, dass Kurzarbeitern seitens der Banken günstige Überziehungszinsen gewährt werden, wurde der Zusammenhang der Profitsucht der einen und der Verarmung der anderen deutlich. In der nachfolgenden Vertreterversammlung wurde die Aktionsform diskutiert, dass sich die Belegschaften die Firmenkredite bei den Banken durch massenhaftes dortiges Erscheinen holen.

Stefan Dreher (LAG Betrieb und Gewerkschaft)

SPD schafft vier Millionen Arbeitsplätze und die Erde ist eine Scheibe

Zum „Deutschland-Plan“ der SPD erklärt der Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch:

Was die SPD in elf Jahren Regierungsverantwortung nicht geschafft hat, verspricht sie jetzt. Seit elf Jahren stellt sie den Arbeitsminister. Das Ergebnis: Prognosen gehen im nächsten Jahr von über fünf Millionen Arbeitslosen aus. Da ist der „Deutschland-Plan“ der SPD so glaubwürdig wie die Aussage zur Mehrwertsteuererhöhung im Wahlkampf 2005.

Die SPD hat ihre Glaubwürdigkeit verspielt. Ist Steinmeier jetzt auch noch der Realitätssinn verloren gegangen? Dabei ist der Ansatz richtig: Zukunftsfähige Arbeitsplätze müssen und können im sozialen und ökologischen Bereich geschaffen werden. Notwendig dafür ist ein Zukunftsinvestitionsprogramm für Bildung, Klimaschutz, Verkehr, Gesundheit und eine Energiewende. Finanziert werden kann das durch eine Millionärssteuer, die Anhebung des Spitzensteuersatzes und eine echte Reform der Erbschaftsteuer. Die entsprechenden Vorschläge der LINKEN liegen auf dem Tisch.

Schutzschirm Aktion vor dem Mercedes-Benz Werk in Gaggenau

Im Rahmen des bundesweiten Schutzschirm Aktionstages der Partei DIE LINKE, verteilten Mitglieder des Kreisverbandes Baden-Baden/Rastatt Flyer und Zeitungen an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Mercedes-Benz Werkes in Gaggenau. Trotz Kurzarbeit im Benz Werk konnte der Kreisverband für die Positionen der LINKEN werben und einige Arbeiterinnen und Arbeiter erreichen.

Auch in den nächsten Wochen werden Mitglieder des Kreisverbandes vor den Betrieben und Arbeitsagenturen der Region präsent sein und versuchen Arbeiterinnen und Arbeiter, prekär beschäftigte und Arbeitslose von den Positionen der Partei DIE LINKE, zu überzeugen.

Bild: Kreissprecherin Beate Schneider und Kreissprecher Dieter Hitscherich vor den Werkstoren des Mercedes-Benz Werkes in Gaggenau



Michael Schlecht Bundestagskandidat für DIE LINKE in Mannheim und Baden-Württemberg

Zukunftsprogramm: Umbau der industriellen Strukturen

Besonders betroffen von der Krise ist die Exportwirtschaft. Und die Beschäftigten die dort arbeiten.

Seit 2000 hat Deutschland einen Exportüberschuss von fast einer Billion Euro aufgebaut. Japan und China sind weitere Länder mit dauerhaften Exportüberschüssen. Sie sind nur möglich, wenn andere Länder sich immer mehr verschulden. Dies haben vor allem die USA gemacht. Exportüberschüsse und Verschuldung gehören unauflösbar zusammen – wie die zwei Seiten einer Medaille.

In der jetzigen Krise ist die Schuldenblase geplatzt. Damit fehlt die Möglichkeit zur Finanzierung erheblicher Teile des deutschen Exports. Deshalb



der massive Exporteinbruch.

Die ausfallenden Exporte lassen sich nicht innerhalb kurzer Zeit wiederbeleben. Kurzarbeit wird als „Brücke“ in bessere Zeiten nicht ausreichen, denn der Abgrund vor uns ist zu breit.

In vielen Betrieben wird in Anbetracht wegbrechender Exportaufträge über binnenwirtschaftliche neue Absatzmärkte nachgedacht. Schnell ins Blickfeld geraten verbesserte öffentliche Personen-Verkehrssysteme. Oder der Ausbau regenerativer Energieerzeugung. Das erfordert jedoch zahlungsfähige Abnehmer.

DIE LINKE will, dass hier der Staat bereitsteht. Mit einem öffentlichen Zukunftsprogramm in Höhe von 100 Milliarden Euro jährlich. Es gibt genug zu tun. Neben der Verbesserung der sozialen Dienste soll es vor allem um besseren Klimaschutz, ökologischen Umbau und Verbesserungen beim öffentlichen Personenverkehr gehen. Alles Bereiche, in denen Beschäftigte, die heute noch für Exportwaren arbeiten eine sinnvolle Arbeit finden können. Zwei Million Arbeitsplätze sollen durch das Zukunftsprogramm geschaffen werden.

Die Sicherung der industriellen Basis in Deutschland hängt zentral daran, ob es gelingt den Staat durch ein Zukunftsprogramm zum Motor des Aus- und Umbaus der Infrastruktur zu machen.

Die bisher erschienen Kommentare sind zu finden unter www.michael-schlecht.net

LINKE-MdB solidarisch gegen Betriebsverlagerung

Die Tübinger Bundestagsabgeordnete der Linken, Heike Hänsel, drückte mit einer Betriebsbesichtigung gestern bei Still Wagner in Reutlingen-Mittelstadt ihre Solidarität mit den Beschäftigten aus und forderte den Erhalt der Arbeitsplätze. Eingeladen hatte Betriebsratsvorsitzender Harald Mischke. Durch Produktionsverlagerung sind in dem Betrieb derzeit mindestens 260 Arbeitsplätze bedroht. Hänsel zeigte sich beeindruckt vom Kampfgeist der Belegschaft, die fast geschlossen zur Konzernzentrale nach Wiesbaden gefahren war, um direkt ihren Protest im Aufsichtsrat vorzutragen. „Die Sache ist noch nicht entschieden“, so Hänsel, deshalb müsse nun die gesamte Region Druck auf die Konzernspitze ausüben. Dazu will Hänsel ihre Bundestagkolleginnen und -kollegen zu einem gemeinsamen Aufruf für Still Wagner animieren. 29.7.2009



MdB Karin Binder: Kinderland Baden-Württemberg – eine Farce

Angesichts des jüngsten Berichts der Caritas über Armut von Familien im Südwesten wird der Slogan der Landesregierung als Farce entlarvt. Jedes achte Kind unter sieben Jahren in Baden-Württemberg ist von Armut betroffen. In Städten wie Mannheim trifft es jeden fünften, in Karlsruhe fast jeden sechsten Jugendlichen unter 18 Jahren.

„Die Bekämpfung der Armut muss endlich in den Mittelpunkt der Politik gerückt werden und zwar auf allen Ebenen. Dass Armut sich in Familien festsetzt und Kinder und Jugendliche schon mit ihrer Geburt ihrer Chancen beraubt werden, darf nicht einfach so hingenommen werden“, mahnt die Karlsruher Bundestagsabgeordnete der LINKEN Karin Binder.

„Wir fordern die Landessozialministerin auf, ihren Widerstand gegen einen Landes-Armutbericht endlich aufzugeben. Solch ein Bericht beseitigt zwar nicht unmittelbar die Armut, trägt aber dazu bei, Hilfen und Gelder gezielt einzusetzen. Die wenigen zur Verfügung stehenden Mittel dürfen nicht auch noch in Prestigeprojekten und teuren Marketingstrategien für wohlklingende Namen wie „Kinderland“ zur Bilanzverschönerung der Landesregierung untergehen.“

DIE LINKE in Baden-Württemberg teilt die Meinung der Caritas, dass Kindergärten für Kinder aus armen Familien grundsätzlich kostenfrei sein müssen. DIE LINKE setzt sich auf der Bundesebene für eine rasche Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes auf 500 Euro ein. Das ist zwingend notwendig, um Kinder und Familien aus der akuten Armutsgefährdung heraus zu holen. Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise werden auch im „Ländle“ noch weitere Kreise ziehen und die Situation für die Familien verschärfen.

Bildungsstreik Ulm vom 13. bis 15. Juli 2009

Zwar einen Monat später wie der bundesweite Bildungsstreik konnten auch die Ulmer SchülerInnen und Studierende ihren Unmut über das Bildungssystem äußern. Während der Aktionswoche fanden in Ulm vier unterschiedliche Aktionen statt. Der Auftakt am Montag war eine Blockade des Eingangs Süd der Universität Ulm, mit Tischen, Absperrband und Bannern blockierten Ulmer StudentInnen denn Eingang, so das nur



Baden-Württemberg braucht das Sozialticket – jetzt!

Die Notwendigkeit eines Sozialticket ergibt sich aus dem zunehmenden Sozialabbau. Immer mehr Menschen leben in Armut oder sind von Armut bedroht. Sie können sich ein Ticket für Bus und Bahn nicht mehr leisten. Aus Sicht der LINKEN stellt das Recht auf Mobilität ein Grundrecht dar. Alle Bürgerinnen und Bürger müssen unabhängig von ihrem Einkommen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Mobilität ist dafür eine entscheidende Voraussetzung. Alleine im Landkreis Esslingen leben 18.953 Menschen in Armut. Sie werden damit von sozialen und kulturellen Angeboten ausgeschlossen. Die Sozialticket Initiative Esslingen hält diesen Missstand für völlig inakzeptabel. Um das Sozialticket auf Landesebene voranzubringen, wird eine Sozialticket-Initiative Baden-Württemberg angestrebt, ein grünes Licht wurde bereits vom Landesausschuss signalisiert und die Umsetzung soll nach den Bundestagswahlen erfolgen. Wer also an einer Mitarbeit in der LAG Sozialticket Baden-Württemberg interessiert ist soll sich schon mal vormerken lassen bei Rainer Hauenschild Telefon 07153-615311 oder E-Mail: rainer-hauenschild@tonline.de



Bildungsstreik in Ulm ...

noch ein halber Meter Platz blieb, um sich in die Vorlesungen zu kämpfen. Die Blockade wurde um 7 Uhr morgens aufgebaut und erst wieder um 14 Uhr vollständig beseitigt. Bei dieser Aktion konnten viele Studierende auf die Bildungsstreikwoche aufmerksam gemacht werden. Man wollte aber nicht nur mit dem Hammer auf das Bildungssystem einschlagen und damit sagen: „alles ist doof“. In Podiumsdiskussionen, die am Montagabend mit Lehrern und Profes-

rende beteiligten. Lautstark zog der Zug durch die Ulmer Innenstadt und endete am Weinhof, wo die Abschlusskundgebung stattfand. Der BildungsstreikUlm war zwar klein aber ein guter Start für Ulmer Studierende und SchülerInnen, sich stärker politisch zu engagieren.

Benjamin Krüger

„Sagt's den Bankern ins Gesicht: Eure Krise zahlen wir nicht!“

In Freiburg fand im Rahmen des Bildungsstreik – wie in zahlreichen, anderen Städten auch – ein symbolischer



... in Freiburg ...

soren und am Dienstag mit Politikern stattfanden, wurde kreativ über mögliche Verbesserungen diskutiert. An der Diskussion am Montagabend nahmen, neben Herr Stadtmüller (Vizepräsident der Universität Ulm), Frau Röder (Schulleiterin des Kepler-Gymnasiums), Frau Schmid (GEW) auch ca. 60 SchülerInnen und Studierende teil, die sich sehr lebhaft an der Diskussion beteiligten. Die Besucherzahl bei der Diskussion am Dienstag war zwar nicht so hoch aber dafür waren die Diskussionen angespannter wie am Vorabend. Franziska Stier (Bundessprecherin Linksjugend [solid] und linke Bundestagskandidatin), Jens Schrezenmeier (Julis, FDP) und Frau Schmid (Grüne) machten ihre unterschiedlichen Positionen schnell deutlich. Interessiert verfolgte das Publikum die Diskussion, um im richtigen Moment sich einzumischen. Den Abschluss der Bildungsstreikwochen in Ulm bildete eine Demonstration durch Ulm an der sich ca. 100 SchülerInnen und Studie-

Banküberfall statt. „Sehr geehrter Herr Finanzminister“, beginnt der Brief, „da sich derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise gezeigt hat, dass innerhalb weniger Wochen hunderte Milliarden Euro mobilisierbar sind, fordern wir ein umfangreiches Rettungspaket für das marode Bildungssystem in Deutschland.“

Die Verfasser des Briefes, Aktive des bundesweiten Bildungsstreikbündnis, sind wütend: Seit Jahren werden Forderungen von SchülerInnen und Studierenden, nach einer besseren Bildungsfinanzierung und einem sozial gerechteren Bildungssystem mit einem Argument abgeschmettert: Die Kassen seien leer.

Doch während am Bildungssystem gespart wird, sind Merkel und Steinbrück an anderer Stelle äußerst spendabel: Für das marode Bankensystem werden 480 Milliarden Euro bereitgestellt. Ein Vielfaches von dem, was den Hochschulen zusteht, die sich jährlich mit einem Etat von 18 Milliarden abfinden müssen.

Der Kongress nach dem Bildungsstreik: „Make Capitalism History!“

Bewegungen brauchen Orte, an denen sie sich verständigen können. Mit dem „Make Capitalism History“-Kongress wollen wir Studierende, Schülerinnen und Schüler aus dem Bildungsstreik zusammenbringen mit Aktiven aus den Krisenprotesten, den Gewerkschaften, der LINKEN und der globalisierungskritischen Bewegung.

Wie wollen darüber diskutieren,



was die Ursachen der Weltwirtschaftskrise sind und welche Alternativen es in Zukunft für eine demokratische Wirtschaft gibt. Wir werden uns fragen, welche Rolle eigentlich Bildung im Kapitalismus einnimmt und wie wir Gegenwehr organisieren können.

100+ Workshops, Podien und Konzerte beim Make Capitalism History-Kongress vom 2.-4. Oktober 2009 in Berlin.

Mit dabei sind u.a. Bernd Riexinger, Elmar Altvater, Robert Brenner, Klaus Dörre, Mike Davis, Alex Demirovic, Katja Kipping, Michael Heinrich u.v.m.

Ansprechpartner in BaWü: Niko (0172 6929997 / n_grimm@t-online.de).
Anmeldung online: <http://www.make-capitalism-history.de/>

Das Geld ist also da. Man müsste es sich nur holen, schlossen zahlreiche Studierende und SchülerInnen folgerichtig. So auch die Warnung im Brief: Fände nicht bald ein grundlegender Wandel in der Bildungsfinanzierung statt, wolle man selbst aktiv werden. Im Rahmen der bundesweiten Bildungsstreik-Woche wurden schließlich in mehreren deutschen Städten Banken besetzt, um zu fordern: Geld für Bildung statt für Banken!

So auch in Freiburg: Bereits am Montag beteiligten sich 5.000 junge Menschen mit Sprechchören wie „Sagt's den Bankern ins Gesicht: Eure Krise zahlen wir nicht!“ an der Großdemonstration. Ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, SchülerInnen, Studierenden, Eltern und linken Gruppierungen hatte aufgerufen. Die Freiburger Linksjugend und DIE

LINKE.SDS waren mit einem eigenen Demoblock vertreten, der zahlreiche andere SchülerInnen und Studierende zum mitmachen einlud.

Am Donnerstag versammelten sich dann um die 50 AktivistInnen um einen symbolischen Banküberfall durchzuführen. Mit Sprechchören wie „Unsere Bildung, die ist krank – das Geld, das hat die Deutsche Bank!“ zogen sie von Filiale zu Filiale, besetzten unter anderem kurzzeitig den Schalteraum der Deutschen Bank, um schließlich öffentlichkeitswirksam mit dem dortigen Filialleiter auf den Treppen vor dem Gebäude eine öffentliche Diskussion über Wirtschaftskrise, Bildungsfinanzierung und Vermögensverteilung zu führen. Für Lacher bei den allesamt friedlich protestierenden sorgte ein kurzer Besuch bei der Filiale der Dresdner Bank: Diese blieb, so ein Schild am Eingang, aufgrund von „Sicherheitsrisiken“ an diesem Tag geschlossen.

Streikwoche an der Uni Stuttgart

Am 10. Juni beschlossen wir Studierende der Uni Stuttgart in zwei Vollversammlungen mit 1500 TeilnehmerInnen, ab dem 15. Juni zu streiken. Ein beeindruckendes Alternativprogramm bot in der gesamten Streikwoche die Möglichkeit mit anderen in Diskussion zu treten, über die Lage des Bildungswesens, über die Notwendigkeit des Protests, aber auch über viele anderen gesellschaftspolitischen Themen. So hielt zum



Beispiel das Linke-Mitglied Tom Adler, kritischer Daimler-Betriebsrat und nun auch Mitglied des neuen Stuttgarter Gemeinderats, eine Veranstaltung zur Autoindustrie mit einer anschließend lebhaften Diskussion, wie ein Verkehrssystem aussehen kann, das den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt statt Profitinteressen dient. Insgesamt gab es in alternatives Veranstaltungsprogramm von 120 Stunden, eine täglich erscheinende Streikzeitung und ein Streikcamp.

Der Rektor der Uni Stuttgart, Wolfram Ressel, half unfreiwillig bei der Mobilisierung zum Bildungsstreik mit. Denn nur zwei Wochen vor Beginn der Streikwoche gab er den geplanten Kahlschlag bei den Geistes-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften bekannt (der sog. „Masterplan“). Die darauf folgende Empörung und Wut half uns maßgeblich bei der Mobilisierung unserer Kommilitonen. So gab es als Reaktion auf den „Masterplan“ zahlreiche Proteste, unter anderem Aktionen von Hunderten Studierenden bei Veranstaltungen, die zufällig in der Streikwoche lagen. Der Kahlschlag von Rektor Ressel ist der Versuch, durch die Umschichtung von Professuren bei der Exzellenzinitiative der Bundesregierung an öffentliche Gelder zu kommen. Damit stand der Protest gegen den Masterplan in engstem Zusammenhang mit den allgemeinen Zielen des Bildungsstreiks, den Forderungen nach besserer Finanzierung der Bildung, der Ablehnung von Elitebildung und der Orientierung der Hochschulen auf Profitinteressen. Der „Masterplan“ ist im Uni-Senat schließlich kläglich gescheitert. Gerüchten zufolge stimmten nur zwei der stimmberechtigten Senatsmitglieder dafür. Das ist ein toller Erfolg für den Protest und zeigt, dass sich geschlossener Widerstand lohnt, dass durch Druck von unten Errungenschaften erreicht werden können. Jetzt sollen Kommissionen Gegenvorschläge erarbeiten. Es ist zu befürchten, dass diese Gegenvorschläge ein „Masterplan 2.0“ sein werden, der zwar nicht so einseitig streicht, aber ansonsten ebenfalls die Umstrukturierung der Uni nach den Vorgaben der Exzellenzinitiative bedeutet. Es wird wichtig sein, dass dann der Protest weitergeht.

Malena Alderete (Landessprecherin Linksjugend [solid], Studentin der Uni Stuttgart) und Wolfram Klein (Linke-Mitglied, Doktorand der Uni Stuttgart)

Linksjugend [solid]-Ostalb „Aufmucken gegen Rechts“

Am 23. Mai fand in Schwäbisch Gmünd im „Freiraum“ ein „Aufmucken gegen Rechts“-Konzert statt. „Aufmucken gegen Rechts“ ist ein bundesweites Projekt von Linksjugend [solid], das in Kooperation mit lokalen Bands und der antifaschistischen Szene realisiert wird. Linksjugend will damit auf die wachsende rechtsextreme Szene aufmerksam machen und Jugendliche für rechts-extremistische und neofaschistische Hasspropaganda sensibilisieren, die zunehmend insbesondere bei jungen Menschen auf fruchtbaren Nährboden zu fallen scheint. „Aufmucken“-Konzerte sind für Jugendliche eine Möglichkeit, sich niederschwellig zu informieren und gleichzeitig bei guter Musik ein Zeichen gegen Rechts zu setzen. Das „Aufmucken gegen Rechts“-Konzert gestalteten die Hip-Hop- und Rap-Künstler „Frage eIns“, „BD& Webbaw“ und „Dialectix“. Ungefähr 30 Besuchern waren vor Ort. Durch die Aktion „Aufmucken gegen Rechts“, sowie die Werbung im Vorfeld durch Flyer und Plakate, konnte eine breite Öffentlichkeit hergestellt werden, und für Linksjugend als antifaschistischen Verband geworben werden.



Rassismus gemeinsam bekämpfen!

Frederico Elwing sprach für die Linksjugend [solid] Tübingen&Reutlingen auf der „Rock gegen Rechts“ – Veranstaltung in Reutlingen am 20. Mai 2009, er sagte: Eine Gesellschaft, in deren Mitte rassistischen und antidemokratische Einstellungen vorherrschen, bringt Nazis hervor. Das kapitalistische System befördert Konkurrenz, Rassismus und Nationalismus. Deshalb setzen wir uns für eine freie und solidarische Gesellschaft ein. Eine Gesellschaft ohne Rassismus, ohne Grenzen, ohne Nationen. Konkret ist es aber auch wichtig, rechte Einstellungen zu bekämpfen, wo immer sie angetroffen werden. Das kann auch im privaten und beruflichen Umfeld sein. Egal ob Onkel Heini „die Juden“ für „irgendwie anders“ hält oder Steffi aus der 10b einen „lustigen Türkenwitz“ zum Besten gibt: Widersprich ihnen und sage klar, dass du diese Äußerungen nicht teilst. Rassismus ist nicht lustig! Rassismus müssen wir alle gemeinsam bekämpfen!

Die Linke und das Grundgesetz

Dass der Begriff „Grundgesetz“ von Ferdinand Lassalle stammt, einem Stammvater der deutschen Arbeiterbewegung, sei nur beiläufig erwähnt. Nach der Definition des Grundgesetzes ist die Bundesrepublik „ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“ (Art. 20). Der historische Hintergrund dieser Formel überrascht: sie stammt aus dem Frühsozialismus und bezeichnete in der Zeit der dritten französischen Revolution 1848 einen demokratisch organisierten Staat, der Arbeitslosigkeit beseitigt und zu diesem Zweck eine genossenschaftlich organisierte Wirtschaft fördert. Später wurde sie von der sich entwickelnden Arbeiterbewegung aufgegriffen – etwa der Sozialdemokratie des Eisenacher (1869) und Erfurter Programms 1891 (Abendroth, Sozialgeschichte, 26 f). Die Verbindung der Begriffe demokratisch und sozial sollte stets betonen, dass eine soziale Politik Demokratie voraussetzt – daher die Forderung nach allgemeinem und gleichem Wahlrecht –, dass aber auch Demokratie ein soziales Fundament braucht.

Keine Demokratie ohne Wirtschaftsdemokratie

Hintergrund der Begriffsverwendung 100 Jahre später sind die Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus einerseits, der Weltwirtschaftskrise andererseits. In den ersten Jahren nach dem 2. Weltkrieg formulierte der CDU-Ministerpräsident von NRW, Karl Arnold:

„Bei einer Formaldemokratie in der Politik und beim Vorhandensein eines Absolutismus in der Wirtschaft kann niemals eine Grundlage für eine sinnvolle Neuordnung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens gefunden werden.“ (Bommarius, 124)

Auch in der Sozialdemokratie dominierte die Überzeugung, Weimar sei deshalb gescheitert, weil es nicht gelungen sei, die Wirtschaft in die politische Demokratie einzubeziehen. Wirtschaftliche Interessengruppen hätten so die Demokratie nutzen können, um sie „abzumontieren“. Die „Wirtschaftsdemokratie“, 1928 entwickelte Konzeption der Gewerkschaften, wurde zum Programm der SPD: Wirtschaftsplanung, qualifizierte Mitbestimmung und Vergesellschaftung von Schlüsselbereichen der Wirtschaft.

In diesem Sinn einer Erweiterung der „bürgerlichen“ oder „liberalen“ zur „sozialen Demokratie“ brachte der sozialdemokratische Jurist Hermann Heller den Begriff ins Grundgesetz ein (Bommarius, 88f). Sozialstaat meint also keineswegs nur Mindestversorgung: Das Grundgesetz gab dem Gesetzgeber, dem Bundestag, ausdrückliche die Kompetenz zur demokratischen Umgestaltung der Wirtschaft.

1946 in Hessen und 1948 in NRW verhinderte die USA als Besatzungsmacht solche Maßnahmen. Später gelang es dem

wirtschaftsliberalen Flügel der CDU unter Adenauer zunehmend, die CDU-Politik zu dominieren und in Übereinstimmung mit der FDP eine Umsetzung in Gesetze zu verhindern: das GG legt wirtschaftsdemokratische Maßnahmen nahe, doch es schreibt sie nicht vor und überlässt sie dem Gesetzgeber.

Der Sozialstaat

In diesem Sinn stellte das Grundgesetz einen Kompromiss dar, der ein kapitalistisches Wirtschaftssystem bestehen ließ, gleichzeitig aber seine Umgestaltung ermöglicht (Artikel 15, Vergesellschaftung) und eine aktive Sozialpolitik fordert: Das Grundgesetz verlangt vom Staat, die „für einen Ausgleich der sozialen Gegensätze und damit für eine gerechte Sozialordnung zu sorgen“ (BVG, Urteil zur Vermögenssteuer), dass er verpflichtet ist, den Abstand zwischen (...) Arm und Reich nicht im Status quo beharren oder gar vergrößern zu lassen, sondern zu verringern“ (von Münch, Staatsrecht, zit. nach Zolling, 177). Ganz in diesem Sinn wurde der Staat im Urteil zum Sozialhilfegesetz (1967) verpflichtet, „für eine gerechte Sozialordnung“ zu sorgen.

Die Grundrechte

Das Grundrechtsverständnis des Grundgesetzes sieht in diesen „nicht nur Abwehrrechte des Bürgers gegen den Staat“, sondern Maximen, in deren Sinn alle Gesetze, Rechtsvorschriften und gesellschaftlichen Beziehungen umzugestaltet sind. Sie stellen ein Wertesystem dar, das „seinen Mittelpunkt in der innerhalb der sozialen Gemeinschaft sich frei entfaltenden menschlichen Persönlichkeit und ihrer Würde findet“, jede Vorschrift „muss in seinem Geiste ausgelegt werden“ – so das Bundesverfassungsgericht in seinem fundamentalen „Lüth-Urteil“ 1958 (Bommarius, 228). 10 Jahre hatte es gedauert, bis sich diese Rechtsprechung gegen traditionelle Rechtstraditionen durchsetzen konnte, wie sie von Richtern vertreten wurden, die von Weimar über Hitler bis Bonn „Recht(s)“ gesprochen hatten.

Auch wenn die Grundrechte nicht im Sinne sozialer Anspruchsrechte formuliert waren, wie das die Gewerkschaften wollten, so haben sie doch als unmittelbar geltendes Recht eine Entwicklungsrichtung über die Formulierung reiner Freiheitsrechte hinaus genommen.

Das Recht, „Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen“, kann ja tatsächlich nur in Anspruch genommen werden, wenn genügend Arbeitsplätze und Ausbildungsstellen vorhanden sind. Dass dies auch Staatsziel sein muss, geht aus der Sozialstaatsdefinition hervor. In diesem Sinn benötigen alle Grundrechte eine soziale Fundierung, auch in die gesetzliche Umsetzung hinein, die nach 1949 ausgeblieben ist.

Andererseits zeigen die Erfahrungen

mit dem Stalinismus, dass umgekehrt soziale Rechte wie das auf Arbeit ohne die schützenden Grundrechte Zwangsarbeitssysteme produzieren können.

Mehr Demokratie wagen

Dass Demokratie nur über gewählte Vertreter funktioniert, ist eine Festlegung, die nicht gerade von Vertrauen in das Volk zeugt, von dem doch alle Macht ausgeht. Im Zuge der Verfassungsreform nach der deutschen Einigung scheiterten Vorschläge zur Einführung von Plebisziten an der CDU/CSU, obwohl doch gerade die Dynamik der Demokratiebewegung in der DDR darauf drängte, so Bundestagspräsident Thierse, Demokratie nicht auf „Akklamation bei Wahlen“ zum „Politikmonopol der Parteien“ zu reduzieren (Steibis/Detjen, 229). Wenn dann noch zunehmend Parteien und Parlamente entmachtet werden durch übernationale, oft nicht legitimierte Herrschaftsstrukturen, so müssen, um einer weiteren Zunahme von Politikverdrossenheit zu begegnen, unmittelbar-demokratische Formen gestärkt werden – etwa durch Volksabstimmungen oder durch Verlagerung von Kompetenzen auf die kommunale Ebene.

Die Linke und das Grundgesetz

Die Linke hat also gute Gründe, sich zum Grundgesetz zu bekennen und es zu verteidigen – auch wenn es mit der Verfassungswirklichkeit oft nicht übereinstimmt und in der Legislative und in der Verwaltung bis heute vordemokratische Traditionen nachdauern oder wieder belebt werden.

Dies gilt etwa für den Fragenkomplex des Streikrechts, dessen Einschränkung einem Staatsverständnis folgt, in dem „die Staatsgewalt einseitig an die Interessen der bevorrechtigten Klassen“ (Abendroth) gebunden war, Gewerkschaften daher verboten und Streiks als Aufruhr mit Militärtätigkeit unterdrückt wurden. Die Demokratie dagegen ist eng mit dem Streikrecht verbunden, wie der Verlauf der Massenstreiks der Novemberrevolution 1918 oder die Abwehr des Kapp-Putsches durch einen Generalstreik 1920 einerseits, der Verzicht auf einen Generalstreik bei der Absetzung der demokratischen preußischen Regierung durch einen antidemokratischen Reichskanzler 1932 als Vorspiel zur Machtergreifung Hitlers andererseits zeigen.

Da in einem Sozialstaat die Grenzen zwischen Politik und Wirtschaft zunehmend verschwinden, ist auch die immer wieder versuchte Kriminalisierung „politischer“ Streiks als unerlaubtes Mittel zur Beeinflussung von Verfassungsorganen abwegig.

Erhard Korn

W. Abendroth, Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung

W. Abendroth: Der demokratische und soziale Rechtsstaat als politischer Auftrag, in: W. Abendroth, Arbeiterklasse, Staat und Verfassung

Bommarius, Das Grundgesetz

F. Naphtali, Wirtschaftsdemokratie (1928)

Seifert/Hömig (Hrsg.): Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Taschenkommentar.

Steinbeis/Detjen: Die Deutschen und das Grundgesetz



Mehrere hundert Menschen beteiligten sich am 15. Mai an den Protestaktionen gegen das sogenannte „Heidelberger Sicherheitsforum“ im Crowne Plaza Hotel in Heidelberg. Auf dieser Konferenz berieten Führungskräfte aus Militär, Politik und Rüstungsindustrie, wie sie den Ausbau der deutschen Militärmacht auch in der Krise vorantreiben und Kürzungen im Rüstungshaushalt verhindern können. Es ist den Militär- und Rüstungsstrategen nicht gelungen, das exklusive Treffen unbemerkt abzuhalten. Rund 400 Menschen beteiligten sich an Protestaktionen. DIE LINKE beteiligte sich mit der Losung „wir zahlen nicht für eure Kriege“.

Aus einem Bericht von Gerhard Lotze, Heidelberg, LAG Frieden.

CDU verweigert Stadtrat Zutritt zur Gemeindehalle!

Demokratieverständnis in Böhmenkirch noch nicht angekommen:

Der Bürgermeister Jürgen Lenz und die CDU verweigern Göppinger Stadtrat Christian Stähle (DIE LINKE.) und weiteren Demonstranten den Zutritt zur Gemeindehalle! Bundesverteidigungsminister F.J.Jung besuchte eine Wahlveranstaltung der CDU in Böhmenkirch (Landkreis Göppingen). Vor der Festhalle wurde er mit großen Spruchbändern: „Nein zur Nato“ und „Bundeswehr raus aus Afghanistan“ sowie wie den Rufen: „Wir brauchen keinen Kriegsminister“ begrüßt.

Als die BürgerInnen, die von Ihrem Demonstrationsrecht Gebrauch gemacht hatten – ohne Spruchbänder – in die Ge-

meindehalle wollten, wurde Ihnen der Zutritt verwehrt. Dies geschah mit dem Hinweis der Polizei, der Hausherr wolle das nicht. Erst nach massivem Protest bei der Polizei vor Ort und dem ebenfalls anwesenden Staatsschutz durch den Stadtrat der LINKEN, Christian Stähle, wurde der Zutritt durch den Bürgermeister erlaubt.

In der Halle wurde die Rede von F.J. Jung mit Beifall, der häufig sehr verhalten ausfiel, begleitet! Jung der sich auf „stimmungssicherem CDU-Gebiet“ vermutet, war sichtlich von der kleinen Demonstration überrascht, was ihn auch gleich zweimal dazu verführte, auf populistische Weise über DIE LINKE. und Oskar Lafontaine herzufallen! Besonders beschämend war sein weiteres, kindliches Festhalten an der Behauptung, es handle sich um einen Friedenseinsatz in Afghanistan. Dies behauptet er ausgerechnet an dem Tag, als sich die Bundeswehr erstmalig an einer militärischen Großoffensive mit Panzerverbänden beteiligte. Gestern berichteten weltweit nationale wie internationale Medien von „Kriegshandlungen“ in Afghanistan.

DIE LINKE. ist und bleibt die einzige Partei, die sich gegen Kriegseinsätze stellt!
(PM KV Göppingen)

Danke an Tobias Pflüger

Tobias Pflüger war 5 Jahre lang für die PDS und dann für DIE LINKE Mitglied im Europäischen Parlament Europaabgeordneter und immer aktiv in Sachen Antimilitarismus. Auf Platz 10 der Bundesliste hat er bei der Europawahl leider kein Mandat im Europäischen Parlament erzielen können.

Tobias hat auf der letzten Landesvorstandssitzung erklärt, dass er auch zukünftig als Mitglied der LINKEN seine Aktivitäten fortsetzen wird.

Der Landesvorstand bedankt sich für die Arbeit, die Tobias in den letzten Jahren geleistet hat und freut sich auf eine weitere gute Zusammenarbeit.

Landespolizei Gefahr für friedliche Demonstranten

Den soeben bekannt gewordenen Polizeibericht zum Einsatz während des NATO-Gipfels Anfang April 2009 in Straßburg und Baden-Baden kommentiert Dirk Spöri vom Landesvorstand der LINKEN Baden-Württemberg:

„Während die Sicherheit der Staatsgäste laut Bericht jederzeit gewährleistet war, gefährdete die Landespolizei Baden-Württemberg die Gesundheit der Demonstranten“, so Spöri.

Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Demonstrationen gegen den NATO-Gipfel berichteten damals von stundenlangen, unverhältnismäßigen Kontrollen. Dutzende Demonstranten erlitten aufgrund des massiven Tränengaseinsatzes gesundheitliche Beschwerden und mussten sich ärztlich behandeln lassen.

Der Polizeibericht beschreibt zudem die unverantwortliche Spitzeltätigkeit der Landespolizei: „Zivilpolizisten seien als gewalttätige Demonstranten verkleidet gewesen, was zu unnötigen Konfrontationen mit uniformierten Kollegen geführt habe, die die Kollegen nicht erkannten.“

Dirk Spöri dazu: „Es ist ein Skandal, dass die Landespolizei bei angemeldeten Demonstrationen Spitzel einsetzt. Damit wurde eine Eskalation provoziert. Das Demonstrationsrecht wird in Baden-Württemberg immer weiter eingeschränkt, wie auch der Entwurf für das neue Versammlungsgesetz zeigt.“

Und Spöri weiter: „So geht die Landesregierung mit Kritik um. Wenn eine Mehrheit der Menschen den Krieg der NATO in Afghanistan ablehnt, dann werden in Baden-Württemberg Grundrechte außer Kraft gesetzt, um Gipfel zu schützen und Demonstranten mundtot zu machen.“



Anti-Nato-Proteste in Freiburg am 9. März

Die Vier-in-einem-Perspektive – eine Utopie für alle

Esslinger Frauentagung der Partei DIE LINKE.

Der inhaltliche Einstieg war die internationale Sicht auf feministische Politik. Silvia Ofori stellte das Projekt von Frigga Haug in ersten Zügen vor: eine Umfrage bei linken Feministinnen weltweit zu Perspektiven und Problemen linker Frauenpolitik.

Eine große Bereicherung war das Referat von Rose Baaba Folson aus Ghana. Als Soziologin sprach sie über Frauen- und Migrantinnensolidarität.

Mandatsträgerinnen der Partei DIE LINKE, stellten sich am Abend einer von Sabine Zürn moderierten Gesprächsrunde zur Verfügung: Karin Binder MdB, Brigitte Ostmeyer Parteivorstand, Heidi Scharf Parteivorstand, Sybille Stamm Landesvorstand, Ulrike Zerhau stv. Parteivorsitzende. Die Runde war spannend. Ein reger persönlicher Austausch hat stattgefunden, bei dem auch kritische Punkte gut geklärt werden konnten. Für viele Frauen, die sich vor Ort in der Partei DIE LINKE engagieren, ist die Vernetzung über das persönliche Kennenlernen eine wichtige Stärkung.

Die Vier-in-einem-Perspektive von Frigga Haug war das nächste, den weiteren Verlauf der Tagung prägende Thema. Frigga Haug brachte das Input-Referat. Hier eine kurze Zusammenfassung:

Als erstes steht der Appell im Vordergrund, die verschiedenen Lebensfelder gemeinsam zu denken, als Gesamtsystem zu betrachten:

- die Familien- und Sorgearbeit
- die Arbeit an sich selbst zur weiteren Entwicklung (Kultur, Weiterbildung),
- Arbeit zum Geld verdienen und um den Lebensunterhalt zu finanzieren und
- gesellschaftspolitische Arbeit



Christopher Street Day in Stuttgart 2009: DIE LINKE war am 1. August, nach erfolgreicher Schirmherrschaft in 2008, wieder Teilnehmerin der bunten CSD-Parade durch die Stuttgarter Innenstadt. Die Großdemonstration wurde von ca. 200 000 Besuchern begleitet, um Forderungen von Schwulen, Lesben, Transgendern und Intersexuellen in der Öffentlichkeit zu artikulieren, Protest gegen Ungleichbehandlung auszudrücken, aber auch um die Kultur des queeren Andersseins im öffentlichen Raum provokativ darzureichen. Für den Landesverband organisierten die LAG Queer in Zusammenarbeit mit dem Kreisverband Stuttgart und Linksjugend [solid] die Teilnahme. Ein roter Oldtimer-Bus von 1927 fuhr im Festzug mit, um Infomaterial unter die Zuschauer zu bringen, und für DIE LINKE als emanzipatorisches Projekt werben.

Christoph Ozasek Foto Roland Hägele

Als zweites schlägt die Vier-in-einem-Perspektive vor, die Lebenszeit zu etwa gleichen Teilen auf diese vier Felder zu verteilen. Das hieße z.B., dass die Schlafzeit etwa 8 Stunden beträgt und die übrigen 16 Stunden zu vier ungefähr gleichen Teilen aufgeteilt werden. Die 4-Stunden-Abschnitte sind als Beispiel zu nehmen. Als starre Vorgabe möchte Frigga Haug das Modell nicht verstanden wissen.

Die Vier-in-einem-Perspektive hätte vielfältige Auswirkungen:

1. Familien- und Sorgearbeit:

Hier ist die Frage interessant – was verstehen wir, was versteht DIE LIN-

KE eigentlich unter Familie? Ist es das Vater-Mutter-Kind-Modell? Nicht nur, denn dieses Modell entspricht sowieso nicht mehr der Realität der meisten Menschen. Die allein Erziehende mit Kind oder Kindern ist ein häufiges Familienmodell. Der Familienbegriff soll weit gefasst werden und meint auch gleichgeschlechtliche Beziehungen und größere Familienverbände, wie sie oft in anderen Ländern gelebt werden.

Stellen Sie sich vor wir alle hätten vier Stunden am Tag Zeit, für uns selbst und unsere Familien zu sorgen, d.h. für Hygiene, Essen, Trinken, aber auch für die Betreuung der Kinder und der Alten. Das hätte die Auswirkung auf den Teil der bezahlten Arbeit, dass wir dafür gar nicht mehr so viel Zeit übrig blieb. Wir könnten uns um Kinder kümmern, um hervorragende und günstige Kinderbetreuungsangebote.

2. Arbeit für die persönliche Entwicklung

Kulturarbeit kommt für viele von uns zu kurz. Haben wir Zeit und Muße ein Instrument zu lernen, zu schreiben, zu lesen, zu forschen, Sport zu treiben, künstlerisch tätig zu sein? Dieser Teil der Utopie beinhaltet enormes Entwicklungspotential für jede und jeden einzelnen von uns. Wir könnten gemeinsam mit anderen Menschen Kreativität entwickeln und leben.

3. Erwerbsarbeit

Die Erwerbsarbeit müsste drastisch eingeschränkt werden. Das hätte die ung,



Eindrücke vom Frauenkongress im Februar ...



dass die Menschen mehr Zeit hätten für die drei weiteren Felder der Vier-in-einem-Perspektive. Ein wichtiger Effekt ist die Verteilung der vorhandenen

4. Gesellschaftspolitische Arbeit – Politik von unten

Nach dem beschriebenen Modell mit vier mal vier Stunden würden dann noch

Erwerbsarbeit auf mehr Schultern. Weniger Belastung des Einzelnen und mehr Lebensqualität z.B. für die diejenigen, die heute von Hartz IV leben müssen. Für Frauen hieße es den Anschluss nicht zu verlieren, wenn sie Kinder bekommen, denn die Männer hätten mehr Zeit sich auch um die Familienarbeit zu kümmern.

vier Stunden bleiben für Politik, für das Kümmern um die Gemeinschaft, um die Gesellschaft. Es ist ungeheuer wichtig, solidarisch die Gesellschaft zu gestalten. Und es würde sich lohnen dafür täglich ein paar Stunden zu investieren. Es würde unser Bewusstsein für Gesellschaft, fürs Zusammenleben verändern. Einklinken könnten wir uns in Stadtparlamenten, Gewerkschaften, internationalen Initiativen, Umweltverbänden, Friedensinitiativen, Bürgerinitiativen, in die Partei DIE LINKE. – und wir hätten immer noch Zeit für Familie und Beruf und Kultur und Lernen.

Nach Friggas Referat ging es in die Arbeitsgruppen Familienpolitik, Arbeit, Internationales, Gewaltfreiheit, Bildung. Die Ergebnisse sollen in einem Reader veröffentlicht werden.

Bei Interesse anfragen bei Silvia.Ofori@t-online.de oder sabine.zuern@viacanal.de.

Folgender Aufruf soll dazu beitragen, dass mehr Frauen in der LINKEN aktiv mitmachen, dass mehr Frauen die LINKEN wählen und dass DIE LINKE für Frauen attraktiver wird. *Sybille Stamm*

Wir können auch anders – es ist an der Zeit!

Aufruf zur Einmischung des Frauenplenums des Bundesparteitag vom 20. und 21. Juni 2009, Berlin

Wir Frauen in der Partei DIE LINKE wollen eine grundlegende Veränderung der Verhältnisse – mit weniger geben wir uns nicht zufrieden. Deshalb rufen wir alle Frauen auf, DIE LINKE zu stärken und mitzumachen.

Die Weltwirtschaftskrise stellt uns vor ungeheuerliche Herausforderungen. Auf der einen Seite gibt es zu viel Kapital, das Profit machen will, aber zugleich ist kein Geld da. Wir haben eine Überproduktion von Lebensmitteln und trotzdem Hungerkrisen in der Welt. Die rasante Entwicklung der Produktivkräfte verkürzt den Arbeitstag nicht, sondern

schickt viele in die Erwerbslosigkeit. Die gegenwärtige kapitalistische Krise zeigt diese Ungeheuerlichkeiten noch deutlicher.

Der Anteil der geringfügig, befristet und in Leiharbeit Beschäftigten ist stark gestiegen. Vor allem Frauen arbeiten in diesen Jobs, von denen niemand leben kann. Notwendige Arbeiten am und mit Menschen werden zunehmend in die Familien verlagert. Das Meiste wird hier von Frauen erledigt. Der eigentlichen Absicherung, heute und im Alter, nutzt diese Umsonstarbeit nicht.

Die von anderen Parteien propagierten Modelle zur Krisenbewältigung bieten keine Lösungen. Als Bewahrer des kapitalistischen Systems stützen sie die Verursacher der Krise zu Lasten der

Mehrheit der Menschen. Wir aber wollen nicht weiter auf Kosten der Umwelt und anderer Menschen leben und produzieren.

Wir wollen eine Diskussion in der Gesellschaft wiederbeleben über Kriege und Gewalt, die von diesem kapitalistischen Wirtschaftssystem hervorgebracht werden.

Angesichts der ökologischen Katastrophe brauchen wir nicht nur eine Diskussion über einen anderen Lebensstil, sondern auch über sinnvolle, nicht zerstörerische Arbeit. Lösungen für die Finanz- und Wirtschaftskrisen müssen gleichzeitig Lösungen für die Umweltkrise sein, müssen Antworten auf die Hungerkatastrophen in der Welt geben und emanzipatorische Perspektiven eröffnen.

Wir als linke Frauen konzentrieren uns nicht nur auf Deutschland und Europa. Millionen von benachteiligten und unterdrückten Menschen, insbesondere Frauen in ausgebeuteten und besetzten Ländern, brauchen unsere Solidarität. Beispielsweise die Frauenbewegung in Iran, Afghanistan und in vielen Ländern mehr.

In Deutschland lebende Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen, die es geschafft haben, die „Festung Europa“ zu erreichen, benötigen besonderen Schutz und unsere Solidarität. Am schlimmsten betroffen sind die „illegalisierten“ Menschen, insbesondere Frauen, die sich als billige Arbeitskräfte in verschiedenen Bereichen, z. B. „Sex-Industrie“, ausbeuten lassen müssen.

Deswegen beginnen wir hier und heute die Diskussion um einen demo-



kratischen und gerechten globalen Gesellschafts- und Geschlechtervertrag. Dieser Vertrag soll nicht nur die Interessen der heute Lebenden umfassen, sondern auch die Interessen zukünftiger Generationen einschließen. Er muss global sein, globale soziale Rechte anerkennen und erstreiten.

Wir brauchen eine Diskussion über eine andere Verteilung und Bewertung der Arbeit, international und hier bei uns. Wir fordern eine radikale Verkürzung und Neuverteilung der Erwerbsarbeitszeit.

Wir wollen, dass alle gleichermaßen an allen vier Bereichen des Lebens teilnehmen können: an der Erwerbsarbeit, der Betreuungs- und Pflegearbeit, der kulturellen Entwicklung und Selbstentfaltung und am politischen Engagement. Deshalb richten wir die Politik an folgenden Perspektiven aus:

1. Alle Arbeit für Alle – Mehr Zeit für das ganze Leben

Der wachsenden Arbeitslosigkeit, die durch die Krise anschwillt, halten wir eine radikale Arbeitszeitverkürzung entgegen.

Das allgemeine Recht auf Erwerbsarbeit muss ein Einkommen erbringen, von dem Jede und Jeder gut leben kann. Auf dem Weg dahin muss für diejenigen ohne Erwerbsarbeit, eine Existenzsicherung sanktionsfrei und individuell gewährleistet werden.

Deswegen sagen wir: Linke Politik ist wesentlich Arbeitszeitpolitik.

2. Konsequente Umverteilung von Arbeit und Sorge für Mensch und Natur

Wir wollen eine gleiche Verteilung der Aufgaben auf beide Geschlechter: Bei der Sorgearbeit für Mensch und Natur kann niemand ausgeschlossen sein. Männer entfalten hier ihre sozialen Fähigkeiten ebenso wie Frauen. Voraussetzung dafür ist der Kampf für den Erhalt und die Ausweitung der öffentlichen Daseinsvorsorge und die Bereitstellung einer umfassenden öffentlichen und kostenfreien Kinderversorgung.

Linke Politik ist also auch eine Politik kultureller Veränderung.

3. Zeit und Möglichkeiten für Tätigkeiten der Selbstentwicklung

Wir wollen, dass allen Menschen sowohl die Zeit als auch die materielle Voraussetzung für ihre kulturelle Entwicklung, Bildung und Muße zur Verfügung stehen. Dazu gehört der lebenslange Zugang zur Bildung und kulturellen Einrichtungen.

Linke Politik zielt also auch darauf



ab, Zeit und Raum für die Entwicklung aller zu schaffen.

4. Ein gesellschaftlicher Aufbruch zu einer Politik der Mitgestaltung

Eine lebendige Demokratie braucht die Beteiligung aller. Schlüssel zu Veränderungen sind die Kämpfe von Frauen und Männern für ihre Rechte und für ihre Beteiligung am gesellschaftlichen Reichtum. Entscheidungen über den Lebensalltag kommen zuerst in den Kommunen zum Tragen. Linke Politik muss

hier ansetzen, mit Initiativen und Organisationen zusammenarbeiten und neue Beteiligungsformen praktizieren. Nur wenn sich Viele einbringen wird eine andere Gesellschaft möglich. Linke Politik arbeitet daraufhin, dass Politik eine Sache von allen wird.

Ein solcher Prozess gesellschaftlicher Veränderung braucht viele, die mitmachen, braucht Lust und Leidenschaft, Fantasie und Mut, Expertinnen und Sachverstand, braucht Meinungsstreit und Taten.

Die Voraussetzungen für eine solche Umgestaltung der Gesellschaft sind vorhanden. Es kommt jetzt darauf an, auch politische Mehrheiten dafür zu erreichen in der Gesellschaft und im Parlament.

Für das alles ist es notwendig, dass DIE LINKE am 27. September mit einer starken Fraktion in den Deutschen Bundestag einzieht.

Druck von Links für eine neue Zeit und eine neue Zeitpolitik!

Publikationen der Bundestagsfraktion der LINKEN

Was machte die Bundestagsfraktion der LINKEN in der letzten Legislaturperiode? Darüber gibt es eine Info-Broschüre, in der die Fraktion über ihre parlamentarischen Initiativen Rechenschaft ablegt. Die Publikationen der Bundestagsfraktion sind ein reicher und kostenlos verfügbarer Schatz kompetenten Wissens. Jede Parteigliederung kann sich hier notwendige Flyer, Zeitungen oder Hintergrundinformationsschriften kostenlos bestellen, um so die eigene Öffentlichkeitsarbeit qualifiziert zu unterstützen.

Um an das Bestellformular ranzukommen, muss man sich unter <http://versand.linksfraktion.net> einloggen. Der Anmeldenamen und das Passwort sind eigentlich hinlänglich bekannt, wer sie vergessen hat, soll einfach kurz in der Landesgeschäftsstelle oder in den Wahlkreisbüros der Abgeordneten nachfragen.

Und dies hier sind die Publikationen, die im Moment online bestellbar sind:

Bilanz der Bundestagsfraktion DIE LINKE	Din A 5, Broschüre
Folder: Soziale Grundrechte	Format DIN lang, 6 Seiten
Reader Rente	Format DIN A4, 28 Seiten
Reader: Deutschlands Rolle im Krieg der USA gegen den Terror	Format DIN A5, 64 Seiten
Broschüre: Kinderarmut	Format DIN A5, 20 Seiten
Folder: Schutzschirm für Menschen	Format DIN lang, 6 Seiten
Folder: Marx hat Recht	Format DIN lang, 6 Seiten
Infoblatt: Querblick Nr. 12	Format DIN B4, 8 Seiten
Folder: Rente ab 67 verhindern!	Folder DIN lang, 6 Seiten
Folder: Gegen die Zwei-Klassen Medizin – Solidarische Bürgerversicherung für alle!	Format DIN lang, 6 Seiten
Folder: Schwerpunkte linker Behindertenpolitik	Format DIN lang, 6 Seiten
Reader: Für eine solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung – gegen Zwei-Klassen-Medizin	Format DIN A5, 28 Seiten
Schwerpunktmaterialien AK IV, Soziale Sicherung und Rente	Daten-CD
Reader: Zur Finanzierbarkeit von Sozialtickets im öffentlichen Personennahverkehr	Format DIN A5, 40 Seiten
Broschüre: Was tun gegen Rechtsextremisten	Aktualisiert, 64 Seiten
Broschüre: Die Lügen der NPD	26 Seiten
Folder: Linke reden über Gott	Format DIN lang, 6 Seiten
Reader: Gott	Format DIN A4, 58 Seiten
Und sehr viele weitere Publikationen zu Afghanistan, Generation Praktikum, Hartz IV, Verbraucherschutz, Außenpolitik, Petitionen, Energieversorgung u.v.m. Ganz kleine Mengen sind in der Regel auch im Landesbüro verfügbar, aber bitte immer erst nachfragen.	

DIE LINKE.

BADEN-WÜRTTEMBERG

Landesgeschäftsstelle

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart. Tel.: 0711-241045, Fax: 0711-241046. info@die-linke-bw.de, www.die-linke-bw.de. Dienstag bis Freitag, 10 Uhr bis 17 Uhr

Geschäftsführender Landesvorstand

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Landesvorstand, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart
 Bernd Riexinger, Tel.: 0711-639711, eMail: BRiexinger-Linke@web.de
 Bernhard Strasdeit, Telefon: 07071-21534, Mobil: 0171-1268215, Fax: 07071-23946, eMail: strasdeit@t-online.de
 Dorothee Diehm, mobil: 0160-5330030, eMail: dorothee.diehm@igmetall.de
 Sabine Rösch-Dammenmiller, Tel.: 07332-4988, mobil: 0162-9231196, eMail: roeda@gmx.de
 Sybille Stamm, Tel.: 0711-2573671, mobil: 0170-2138651, eMail: Sybille.Stamm@t-online.de

Landesschatzmeister

Christoph Cornides, Briefe bitte: c/o DIE LINKE. Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Telefon 0621-331650, Fax 0621-331656, christoph.cornides@t-online.de

Landesschiedskommission

Landesschiedskommission DIE LINKE, Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart

Spenden und Beiträge

DIE LINKE. Baden-Württemberg
 Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70
 Konto 289582700

Kontakte zu den Kreisverbänden der LINKEN

Baden-Baden/Rastatt

Dieter Hitscherich, 76532 Baden-Baden, 07221-991592, der.hit@web.de

Biberach

Herbert Wilzek, 88427 Bad Schussenried, 07583-1451, herbert.wilzek@gmx.de, www.die-linke-biberach.de

Bodensee

Gottfried Heil, Tel.: 07541-55097, Mail: gottfried.heil@dielinke-bodensee.de, www.dielinke-bodensee.de

Böblingen

Harry Ladwig, Tel.: 07152-52368, Mail: post@linke-bb.de, Net: www.linke-bb.de

Breisgau/Hochschwarzwald

Michael Schostek, Hauptstr. 140, 79356 Eichstetten am Kaiserstuhl, Tel.: 07663-6037746, Mail: michael.schostek@web.de

Calw

Hans-J. Drebber, Forststr. 42/1, 75382 Althengstett, Tel.: 07051-3516, Mail: allpro-handel@web.de

Emmendingen

Kontakt über LGS, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711-241045, Mail: info@die-linke-bw.de

Esslingen

Bernd Luplow, Jahnstr. 31, 73779 Deizisau, Tel.: 07153-25983, Mail: bluplow@web.de

Freiburg

DIE LINKE. Freiburg/Regionalbüro, Greifenegggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761-4510292, Mail: info@dielinke-freiburg.de, Net: www.dielinke-freiburg.de

Freudenstadt

Hans-Ulrich Büniger, Am Bannwald 52, 72270 Baisersbronn, Tel.: 07442-604560, Mail: hubuenger@gmx.net

Göppingen

Sabine Rösch-Dammenmiller, 73111 Lauterstein, 07332-4988, Mail: roeda@gmx.de

Heidelberg / Rhein-Neckar

Heinrich Müller, Hinter der Mühle 15, 69226 Nußloch, Tel.: 06224-16937, mobil: 0177-4008790, Mail: henri.mueller@online.de, Net: www.dielinke-hd-rn.de

Heidenheim

Dieter Köhler, Buchhofsteige 28, 89522 Heidenheim a.d. Brenz, Tel.: 07321-955873, Mail: dieter.koehler@linke-heidenheim.de

Heilbronn

Hasso Ehinger, 74078 Heilbronn, 07131-910366, ehinger.hasso@web.de, Johannes Müllerschön, Alte Saline 1, 74254 Offenau, Tel. 07136-4280, heilbronn@linkspartei-bw.de.

Hohenlohe /Schwäbisch-Hall

Ernst Kern, Ernst-Schmid-Str. 7, 74653 Ingelfingen, Tel.: 07940-931750, Mail: Ernst-Kern@gmx.de.

Karlsruhe

DIE LINKE. Karlsruhe, Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Mail: info@dielinke-ka.de, www.dielinke-ka.de, Tel: 0721-35489342

Konstanz

Jürgen Geiger, Kindlebildstr. 10A, 78467 Konstanz, eMail: die-linke-konstanz@gmx.de

Lörrach

Günter Gent, 79650 Schopfheim, eMail: g.gent@freenet.de
 Brigitte Tondar-Sigl, 79677 Schönau, eMail: Brigitte.Tondar-sigl@gmx.de

Ludwigsburg

Hans-Jürgen Kemmerle, 71642 Ludwigsburg, 07141-57320, kemmerle_ludwigsburg@yahoo.de, Ursula Genswürger, Ludwigsburg, Tel.: 07141-58209, eMail: u.genswuerg@gmx.de

Main-Tauber

Rolf Grüning, 97941 Tauberbischofsheim, Tel. 09341-600366, Mail: rechtsanwalt-Gruening@t-online.de

Mannheim

Regionalbüro Mannheim: B2 14, 68159 Mannheim. Kreisverband: Tel: 0621-1227218 (mit AB) Mail
 Thomas Trüper, Am Brunnengarten 24, 68169 Mannheim, Tel.: 0621-303695, Mail:

ttrueper@aol.com. Marianne Marten, Lutherstr. 15, 68169 Mannheim, Tel.: 0621-312681, Mail: marten.m@online.de

Neckar-Odenwald-Kreis

Hendrik Paul, Schillersr. 2, 74928 Hüffenhardt, Tel.: 01520-9464105, Mail: henpal@web.de

Ortenau

Thomas Heidt, 77855 Achern, Tel.: 07841-280138, tom-andi@t-online.de;
 Karl-Martin Matt, Weidenstr. 30, 77871 Renchen, Tel.: 07843-84146, druckwerkstatt-renchen@t-online.de

Ostalb

Roland Hamm, 73431 Aalen, 07361-35945, roland.hamm@gmx.de,

Pforzheim

Claus Spohn, 75177 Pforzheim, 07231-359230, claus.spohn@online.de

Ravensburg

Mirco Kolarcik, Tel.: 0751-94843, Mail: info@linkspartei-ravensburg.de, Net: www.linkspartei-ravensburg.de

Rems-Murr

Claudia Howeg, 71332 Waiblingen, Tel.: 07151-965469, eMail: arneclaudiahoweg@arcor.de
 Stephan Schwarz, 71409 Schwaikheim, eMail: BesterChecker007@aol.com

Reutlingen

Petra Braun-Seitz, 72768 Reutlingen, Tel.: 07121-600289, eMail: p.braun-seitz@t-online.de
 Johann Eller, 72829 Engstingen, Tel.: 0152-08789173, eMail: J.Eller@gmx.de

Schwarzwald-Baar-Heuberg

Enikö Riek-Nagy, Rottweil, Mail: enikoe.riek-nagy@arcor.de, Paul Wachter, Tuttlingen, Mail: wachter.tut@web.de, Tel.: 07461-6558

Sigmaringen

Rainer Kaltfofen, Zehntstr.8, 88356 Ostrach, Tel. 07585-935296; Mail: Rainer.Kaltfofen@die-linke-sigmaringen.de

Stuttgart

DIE LINKE. Kreisverband Stuttgart, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711-72236848, Fax 0711-72236849, eMail: info@die-linke-stuttgart.de;

Tübingen

Dr. Emanuel Peter, 72108 Rottenburg am Neckar, 07472-42096, emanuelpeter@gmx.de

Ulm / Alb-Donau

Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm. Tel.: 0731-3988823, Fax 0731-3988824, eMail: buero-ulm@dielinke-bw.de, mobil über: Walter Kubach, 0160-90792293.

Waldshut

Paul Barrois, 79733 Görwihl, Tel.: 07754-929243, Mail: paul.barrois@web.de, Net: www.die-linke-kv-waldshut.de, Friedrich Gebhard, 79771 Klettgau, mail: ankabafri@t-online.de

Zollernalb

Jochen Lange, Mühlackerstr.13, 72336 Balingen, Tel.: 07433-9978566 oder 0152-05394972, eMail: dielinke.zak@t-online.de

Arbeitsgemeinschaften

AG Antifa

Reinhard Neudorfer, 71332 Waiblingen, Tel.: 07151-54806, eMail: ckramerneudorfer@onlinehome.de

AG Bildung

Erhard Korn, 71711 Steinheim/Murr, Tel.: 07144-23431, eMail: eukorn@web.de

AG Frieden

Thomas Haschke, 70469 Stuttgart, Tel.: 0711-81477965, eMail: thomas.haschke@gmx.de

AG Frauen

Silvia Ofori, 74523 Schwäbisch Hall, Tel.: 0170-5842439, eMail: Silvia.Ofori@t-online.de

AG Betrieb und Gewerkschaften

Hasso Ehinger, 74078 Heilbronn, 07131-910366, ehinger.hasso@web.de

AG Bürgerrechte und Demokratie

Carsten Labudda, Hölderlinstr. 4, 69469 Weinheim, Tel+Fax: 06201-876758, eMail: carsten.labudda@linkspartei-weinheim.de

AG Erwerbslose und Geringverdiener

Monika Zalewski, 76199 Karlsruhe, mobil: 01520-5117788, eMail: lag.erwerbslose@yahoo.de

AG Gesundheit und Soziales

Prof. Dr. Lothar Schuchmann, 79100 Freiburg i. Breisgau, Tel.: 0761-131516, Fax: 0761-135871, eMail: lothar_schuchmann@gmx.de

AG Queer

Christian Stähle, Tel. 0171-9181900, Mail: queer@die-linke-bw.de

AG Religion

Frank Winkel, Tel.: 07331-824194, Mail: frank_winkel@t-online.de

AG rote reporterInnen

Gregor Mohlberg, Tel: 0721-3548577, eMail: gregor.mohlberg@dielinke-bw.de

AG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

Stephan Lorent, Tübingen, Tel. 07071-639426, eMail: slorent@gmx.de

AG Ökologische Plattform

Anne-Maike Rahlfs, Tel.: 0176-22943915, eMail: anne.rahlfs@linkspartei-bw.de
Wolfgang Kämmerer, mail@wolfgangkaemmerer.de

AG Wirtschaftspolitik

Adelbert Ringwald, Tel.: 07682-328315, eMail: info@ringwald-elzach.de

Geraer Dialog / Sozialistischer Dialog

Joachim Kayser, Eisenbahnstraße 120, 72072 Tübingen, Tel. 07071-32498

Hochschulgruppen

DIE LINKE.SDS

Freiburg: edmond@jaegerhome.de • **Karlsruhe:** daniel.brunns@stud.uni-karlsruhe.de • **Tübingen:** www.tuebingen.solid-bw.de • **Heidelberg:** heidelberg@solid-bw.de • **Stuttgart:** stuttgart@solid-bw.de • **Konstanz:** Mirco.Kolarczik@uni-konstanz.de • **Landeskoordination: DIE LINKE.SDS,** Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Tel: 0721-35489341, info@solid-bw.de, www.linke-hochschulgruppen.de

Jugendverband Linksjugend [‘solid]

Linksjugend [‘solid] Landesgeschäftsstelle
Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Tel: 0721-35489341, info@solid-bw.de, www.solid-bw.de

Bundestagsabgeordnete

Wahlkreisbüro Ulrich Maurer

Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart. Tel. 0711-2293227. Fax: 0711-2293228. ulrich.maurer@wk.bundestag.de. www.ulrich-maurer.de

Wahlkreisbüro Heike Hänsel

Tübingen: Linkes Forum, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen, Tel. 07071-208810, Fax: 07071-208812, info@heike-haensel.de, www.heike-haensel.de

Freiburg: Heike Hänsel MdB, c/o Bürogemeinschaft Freiburger Linke, Greiffenegg-ring 2, 79098 Freiburg, Tel. 0761-4510292 freiburg@heike-haensel.de

Wahlkreisbüro Karin Binder

Kreuzstraße 4, Eingang Zirkelhof, 76133 Karlsruhe Tel: (0721) 3548 575 (mit AB), Fax: (0721) 3548 9396. Mail: karin.binder@wk.bundestag.de, www.karin-binder.de
Mannheim: Karin Binder MdB, B2-14, 68159 Mannheim. Anne Rahlfs Email: mannheim@karin-binder.de, Tel: 0621-4017137

Kommunalmandate

Drei LINKE im Regionalparlament Stuttgart

Wolfgang, Hoepfner, wolfgang.hoepfner@mail.ssb-ag.de, Stuttgart; Christoph Ozasek, c.ozasek@gmx.de, Stuttgart; Friedhelm Hoffmann, fbh.hoffmann@t-online.de, Ludwigsburg

24 Mandate der LINKEN in 17 Kreistagen

Biberach, Ulrich, Widmann, uliwidmann@aol.com, Riedlingen • **Böblingen,** Ronald Borkowski, bkx.leo@t-online.de, Leonberg • **Bodensee,** Roberto Salerno, roberto.salerno@gmx.de, Meckenbeuren • **Esslingen,** Peter Rauscher, p.rauscher@ntz.de, Nürtingen • **Heidenheim,** Horst Mack, kanzlei@beuerle.de, Heidenheim • **Heilbronn,** Johannes Müllerschön, johmuellerschoen@nexgo.de, Offenau • **Konstanz,** Michael Krause, michaelkr79@web.de, Konstanz • **Ludwigsburg,** Hans-Jürgen Kemmerle, kemmerle_ludwigsburg@yahoo.de, Ludwigsburg; Peter Schimke, peter.schimke@gmx.de, Vaihingen • **Main-Tauber,** Dr. Hans-Hermann Fahrenkrog, fahrenkrog.glasdoc@t-online.de, Wertheim • **Ortenau,** Reinhard Bross, reinhardbross@aol.com, Schutterwald • **Ostalb,** Udo Eisenmann, mail@udo-eisenmann.de, Böbingen; Veronika Stossun, stossun@online.de, Aalen • **Ravenburg,** Till Bastian Dr., till.bastian@ravensburg2009.de, Isny • **Rems-Murr,** Dominik Rathgeb, dominikrathgeb@gmx.net, Schorndorf • **Reutlingen,** Petra Braun-Seitz, p.braun-seitz@t-online.de,

Reutlingen; Thomas Ziegler, ziegler.rae@gmx.de, Reutlingen • **Rhein-Neckar,** Edgar Wunder, wunder@naa.net, Sandhausen; Carsten Labudda, carsten.labudda@linkspartei-weinheim.de, Weinheim; Joachim Buchholz, joachim-buchholz@kabelbw.de, Leimen • **Tübingen,** Anton Brenner, brenner.tuebingen@t-online.de, Tübingen; Angela Hauser, angela.hauser@med.uni-tuebingen.de; Bernhard Strasdeit, strasdeit@t-online.de, Tübingen • **Zollernalb,** Eberhard Jaensch, eberhard.jaensch@web.de, Hechingen

39 Mandate der LINKEN und linker Bündnislisten in 26 Städten

Aalen, Roland Hamm, roland.hamm@gmx.de; Cora Berreth, coraberret@gmx.de • **Esslingen,** Werner, Bolzhauser, kulturamrande@kulturamrande.de • **Freiburg,** Michael Moos, michael.moos@linke-liste-freiburg.de; Hendrikk Guzzoni, h.g.@linke-liste-freiburg.de; Ulrike Schubert, ulmischubert@gmx.de; Lothar Schuchmann, lothar_schuchmann@gmx.de • **Geislingen,** Holger Schrag, holger.schrag@sch-it.de • **Göppingen,** Christian Staehle, staehle@gmx.de • **Heidelberg,** Hildegard Stolz, hilde.stolz@t-online.de; Dr. Arnulf Weiler-Lorentz, arnulf.lorentz@onlinehome.de • **Heidenheim,** Horst Mack, kanzlei@beuerle.de; Norbert Fandrich, lisa.fandrich@t-online.de • **Heilbronn,** Hasso Ehinger, ehinger.hasso@web.de • **Karlsruhe,** Nikolaos Fostiropoulos, niko@fostiropoulos.de; Sabine Zürn, sabinez@viacanale.de • **Kehl,** Raymond Hof, hof@buerstner.com • **Konstanz,** Vera Hemm, vera.hemm@t-online.de; Holger Reile, lago2@aol.de • **Kornwestheim,** Friedhelm Hoffmann, fbh.hoffmann@t-online.de • **Lahr,** Lukas Oßwald, lukas.forstarbeiten@gmx.de • **Leimen,** Joachim Buchholz, joachim-buchholz@kabelbw.de • **Ludwigsburg,** Werner, Hillenbrand, wh-asg@t-online.de • **Mannheim,** Gudrun Kuch, gudrun.kuch@mannheim.de; Thomas Trüper, ttruper@aol.com • **Pforzheim,** Claus Spohn, claus.spohn@online.de • **Reutlingen,** Thomas Ziegler, ziegler.rae@gmx.de • **Rottenburg am Neckar,** Emanuel Peter, emanuelpeter@gmx.de • **Schwäbisch Gmünd,** Peter, Müller, peter.müller.sg@gmx.de; Sebastian, Fritz, seba-fritz8@web.de • **Sindelfingen,** Richard, Pitterle richard.pitterle@linke-bb.de • **Singen,** Rebecca Tanner, reb.tanner@google.de • **Stuttgart,** Ulrike Küstler, ulrike.kuestler@stuttgart.de; Thomas Adler, tomadler@01019freenet.de • **Tübingen,** Gerlinde Strasdeit, strasdeit@t-online.de; Anton Brenner, brenner.tuebingen@t-online.de; Angela Hauser, angela.hauser@med.uni-tuebingen.de • **Ulm,** Uwe Peiker, uwe.peiker@t-online.de • **Weinheim,** Carsten, Labudda, carsten.labudda@linkspartei-weinheim.de

Veranstaltungen, Termine, Hinweise

■ Aktionstage im Wahlkampf

Im September finden zahlreiche lokale Aktionstage und bundesweite Demonstrationen statt, an denen sich Mitglieder oder Kreisverbände der LINKEN kreativ beteiligen können: 1. September: Antikriegstag • 5. September: IG-Metall Großkundgebung in Frankfurt • 5. September: Anti-Atomkraft-Treck nach Berlin • 12. September: „Stoppt den Überwachungs-wahn“ – Aktionstag und bundesweite Demonstration in Berlin • 12. September: Aktionstag für gesetzlichen Mindestlohn • 17. September: Aktionstag lokaler Bündnisse „Wir zahlen nicht für Eure Krise“ • 20. September: Weltkindertag • 21. September: Aktionstag „Altenpflege in Bewegung“ (Verdi)

■ Gysi – Lafontaine – Wagenknecht in Baden-Württemberg

Bei Redaktionsschluss stand die linke „Promi“-Tour durch Baden-Württemberg noch nicht fest. Wahrscheinlich kann Oskar Lafontaine am 11.9. in Stuttgart und Mannheim sein, Sarah Wagenknecht am 11.9. in Freiburg und Gregor Gysi am 16.9. in Karlsruhe und Ulm, Änderungen möglich, alles noch nicht sicher. Mit Ulrich Maurer, Heike Hänsel und Karin Binder wird es zahlreiche

Termine im Land geben. Ort und endgültige Termine im Landesbüro erfragen oder auf die Internetseite schauen: www.die-linke-bw.de

■ Stuttgart: LAG Erwerbslose & Geringverdiener

Arbeitstreffen am **Samstag, 15. August**, 13 h bis 18 h; Stuttgart-Sillenbuch, Clara-Zetkin-Waldheim, Gorch-Fock-Str. 26, 70619 Stuttgart; vom Hauptbahnhof mit U7 Richtung Ostfildern, HS Silberwald. Themen: fünf Jahre Hartz IV, Sozialticket-Initiative, Bundestagswahlkampf. Anmeldung bitte per E-Mail: LAG.Erwerbslose@yahoo.de

■ Bustour [‘solid] Bundestagswahl 2009

Routenplanung: **Stop 1: 17. August 2009; Konstanz bzw. Singen**; Ansprechpartnerin: Franziska Stier, Tel: 0151-11656053; Franziska.Stier@gmx.de • **Stop 2: 18. August 2009; Ulm**; Ansprechpartner: Andreas Rose, Tel: 0151-23263127; andreas@solid-bw.de • **Stop 3: 19. August 2009, Aalen, vormittags und Schwäbisch Gmünd** ab 13 Uhr, Johannisplatz. Ansprechpartnerin: Cynthia Schneider; Tel: 0160-5330073. maex-s@web.de • **Stop 4: 20. August 2009; Baden Baden und Rastatt**. Ansprechpartner: Mäx; Tel: 0172-3985161. maex-s@web.de • **Stop 5: 21. August 2009; Böblingen**, 12–14 Uhr; Ansprechpartner: Ronny Schmid; Tel: 0174 - 9074269; Ronny.Schmidt27@web.de • **21. August 2009;**

Karlsruhe, 15 Uhr, Mäx, Tel: 0172-3985161. maex-s@web.de • **Stop 6: 22. August; Weinheim**; 10 Uhr, Stand Fußgängerzone; 14 Uhr Stand am Waidsee. Über Carsten Labudda; Tel: 0176-62236304. clabudda@ix.urz.uni-heidelberg.de Gesamtkoordination: Cynthia Schneider, cynthia@solid-bw.de Tel: 0160-5330073

■ Ulm, 13. September

– Aktiv gegen Gentechnik

DIE LINKE ist aktiv gegen Gentechnik in der Landwirtschaft und ruft ihre Mitglieder auf, sich an der Kundgebung am 13.9.2009 in Ulm zu beteiligen. Wir unterstützen die Forderungen der Kundgebung: bundesweites Anbau- und Fütterungsverbot von Agro-Gentechnik, keine Steuergelder für Agro-Gentechnik, mehr Forschung zum Erhalt der biologischen Vielfalt und der bäuerlichen Landwirtschaft weltweit. Die Kundgebung findet unter dem Motto „Vielfalt ernährt die Welt...natürlich ohne Gentechnik“ auf dem Ulmer Münsterplatz statt. An der öffentlichen PolitikerInnen-Runde ab 14 Uhr nimmt für DIE LINKE MdB Karin Binder teil. Weitere Informationen unter www.vielfalt-ernaeht-die-welt.de

■ DIE LINKE unterstützen –

Werde im Wahlkampf aktiv!

Wir brauchen im Wahlkampf die Mithilfe aller Mitglieder. Jede und jeder kann sich mit seinen Möglichkeiten stark machen für den Frieden, gegen Hartz IV, für gute Arbeit

Landesparteitag

Landesvorstand und Landesausschuss haben die nächste Tagung des Landesparteitages auf den **21. November** nach Stuttgart (Gewerkschaftshaus) einberufen. Die gewählten Delegierten sind im Amt. Für ausgeschiedene Delegierte muss in geheimer Wahl nachgewählt werden, sofern keine Ersatzdelegierten gewählt wurden. Nachgewählte Delegierte sind dem Landesbüro zu melden.

und gute Rente. Wie komme ich an Wahlzeitungen, Wahlinfos, Plakate, Infotische? Wie kann ich vor Ort DIE LINKE im Wahlkampf unterstützen? Die Kreisverbände bilden im Wahlkampf örtliche



oder regionale Aktivgruppen, Mitglieder können sich direkt an ihre Kreisverbände wenden, oder an das Landesbüro (0711-214045) oder an die Bundespartei, Linksaktiv-Hotline: 030-24009-999. Aktive können sich auch melden unter mobilisierung@die-linke.de oder lassen sich registrieren unter: www.linksaktiv.de

Rosa Luxemburg Stiftung Baden-Württemberg

Bildungsprogramm

Einführung in den kommunalen Haushalt (Kameralistik) – mit: Alexander Thomas

12. September, 11-17 Uhr | Stuttgart | genauer Ort s. website
13. September, 11-17 Uhr | Ort s. website

Einführung in den kommunalen Haushalt (Doppik) – mit: Michael Faber

3. Oktober, 11-17 Uhr | Stuttgart | genauer Ort s. website

Das Kapital lesen – mit: Dr. Michael Heinrich

22. Oktober, 20 Uhr | Stuttgart | genauer Ort s. website

Elemente eines kritischen Begriffs der Bildung – mit: Prof. Armin Bernhard

27. Oktober, 20 Uhr | Stuttgart | genauer Ort s. website

Die Geschichte der DDR zwischen Nostalgie und Totalkritik – mit: Dr. Detlef Nakath

24. November, 19 Uhr | Stuttgart | Bürgerräume West, Bebelstr. 22

„Mit Teufelsgr'walt“. Lesung mit der Stuttgarter Krimiautorin Christine Lehmann

4. Dezember, 20 Uhr | Stuttgart | Haus der Wirtschaft, Willy-Bleicher-Str. 19

Radikale Demokratie und Arbeiterbewegung in der Revolution 1848/49 – mit: Prof. Axel Kuhn

8. Dezember, 19 Uhr | Stuttgart | Kulturzentrum Meriin, Augustenstr. 72

Weitere Infos unter: www.rlf-bw.de oder per mail: schlager@rosalux.de | Tel. 0711-6936607

Kämpfit

DIE LINKE.

für sichere Arbeitsplätze, den Mindestlohn und bessere Bildung. Gegen soziale Benachteiligung und die Zweiklassen-Medizin. Konzerne und Reiche höher besteuern, damit es hierzulande endlich gerecht zugeht.

www.fuer-gerechtigkeit.de